

Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg
Fakultät Wirtschaft und Soziales
Department Soziale Arbeit

Konfliktlösung in der Stadtentwicklung durch partizipative Planung und GWA am Beispiel des Esso-Häuser-Konflikts

Bachelor-Thesis

Tag der Abgabe: 08.10.2018

Vorgelegt von: Jan Nicolai Straßburger



Betreuende Prüfende: Annita Kalpaka

Zweiter Prüfer: Simon Güntner

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis	3
Verzeichnis der Initiativen und Bündnisse	3
1. Einleitung	4
2. Konflikttheorie	5
2.1. Konfliktdefinitionen	5
2.1.1. Konfliktdefinition nach Galtung	6
2.1.1.1. Der Konflikt als konstruktive und destruktive Kraft	7
2.1.1.2. Der Konflikt als triadisches Konstrukt (Konfliktdreieck)	7
2.1.1.3. Konflikttypen: Akteurskonflikte und strukturelle Konflikte.....	9
2.1.2. Definition „Sozialer Konflikt“ nach Glasl	10
2.2. Dynamik der Eskalation.....	12
2.2.1. Mechanismen der Eskalationsdynamik	12
2.2.2. Phasenmodell der Eskalation	13
3. Umgang mit Konflikten durch GWA und „partizipative Planung“	18
3.1. Konflikte in der Gemeinwesenarbeit.....	18
3.2. Konflikte in der partizipativen Stadtplanung.....	24
4. Der Esso-Häuser-Konflikt	27
4.1. Einführung in den Esso-Häuser-Konflikt	28
4.1.1. Analyse der Konfliktformationen	29
4.1.2. Konstellation der Konfliktakteure	31
4.2. Konfliktebenen: Welcher Akteur hat wann, wie, warum in den Konflikt eingegriffen?..	
.....	41
4.2.1. Eingreifen der GWA St. Pauli	41
4.2.2. Eingreifen der PlanBude	44
4.2.3. Eingreifen durch andere Akteure	46
4.3. Konfliktdynamik des Esso-Häuser-Konflikts	47

4.4.	Entwicklung des Konflikts durch GWA und partizipative Planung	53
4.4.1.	Erweiterung der Artikulations- und Gestaltungsmacht durch GWA	53
4.4.2.	Demokratische Entscheidungsfindung und Konfliktlösung durch die PlanBude	54
5.	Fazit – Der Esso-Häuser-Konflikt als Präzedenzfall für Konfliktlösung in der Stadtentwicklung?	56
	Abbildungsverzeichnis	59
	Literaturverzeichnis	59
	Internetquellenverzeichnis	61
	Schriftliche Erklärung	64

Abkürzungsverzeichnis

BHG	Bayerische Hausbau GmbH
CO	Community Organizing
GWA	Gemeinwesenarbeit
GWM	Gemeinwesenmediation
Steg Hamburg	Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungsgesellschaft Hamburg

Verzeichnis der Initiativen und Bündnisse

Initiative Esso-Häuser

Initiative gegründet von den Mieter*innen der Esso-Häuser um ihre Interessen zu vertreten.

Recht auf Stadt Hamburg

Netzwerk von Hamburger Initiativen für emanzipative und gerechtere Stadtentwicklung.

S.O.S. St. Pauli

Bündnis aus GWA St. Pauli, Initiative Esso-Häuser, u.a. will Forderungen der Menschen aus St. Pauli durchsetzen. Veranstaltet Stadtteilversammlungen.

St. Pauli selber machen

Plattform für eine solidarische Gestaltung des Stadtteils. AGs arbeiten zu verschiedenen Themen.

1. Einleitung

„Wo früher das Herz von St. Pauli war, klafft heute eine Wunde. Die Sichtschutzwand aus Pressspanplatten verdeckt es kaum: Die Esso-Häuser am Spielbudenplatz sind [...] dem Erdboden gleichgemacht worden.“ (Piegsa 2014)

„Das wird cool. Dieser Dachpark, diese Brücke rüber zum Skategelände, dieser Stadtbalkon – wenn man sich das Modell des „Paloma Viertels“ anguckt, fragt man sich, warum man solche „Planbuden“ für verrückte Anwohner-Ideen nicht viel öfter einrichtet. Hätte nicht nur der strunzöden HafenCity gutgetan.“ (Lamprecht 2018)

Der Konflikt um die Esso-Häuser auf St. Pauli stellt ein Paradebeispiel für aktuelle Konflikte in der Stadtentwicklung dar, bei denen es um die Frage nach „Stadtentwicklung von unten“ im Interesse der Bewohner*innen gegenüber profitorientierter Stadtentwicklung geht. Auch im Falle des Esso-Häuser-Konflikts sah es erst einmal nach einem typischen Ablauf investorenfreundlicher Stadtentwicklung aus: Großer Investor kauft für wenig Geld ein „Sahnegrundstück“ mit sanierungsbedürftigen Gebäuden, anschließend wird abgerissen und profitorientiert neu gebaut. Das bedeutet meistens hochpreisige Eigentumswohnungen, Luxusbüros und eine einheitliche, sterile Architektur. Die höheren Mietpreise können die „Altmietler*innen“ nicht mehr aufbringen und werden verdrängt. Doch nicht so auf St. Pauli: Die Mieter*innen und der Stadtteil begannen sich zu wehren und die Gemeinwesenarbeit griff unterstützend ein. Es entstand ein Konflikt zwischen organisierten Mieter*innen und dem Investor, welcher erst zunehmend eskalierte und schließlich doch, durch aufgebauten politischen Druck, zu einer anderen Art der partizipativen Stadtplanung und einem guten Ergebnis für die Beteiligten führte.

In dieser Arbeit soll es darum gehen, zu untersuchen, wie es zu einer Konfliktlösung kommen konnte. Dabei stehen der Umgang mit dem Konflikt sowie das Handeln der Gemeinwesenarbeit und der partizipativen Planung im Mittelpunkt. Ziel der Arbeit ist es, am Beispiel des Esso-Häuser-Konflikts herauszufinden, ob und wie das Eingreifen in den Konflikt durch GWA und partizipative Planung zu einer Veränderung in der Entwicklung des Konflikts geführt hat, und wie der Konflikt darüber schließlich gelöst werden konnte.

Um die Entwicklungen des Konflikts, vom Beginn bis zum Ende, verfolgen zu können, ist es zuerst notwendig zu verstehen, was einen vollumfänglichen Konflikt, jenseits des alltäglichen Wortgebrauchs, überhaupt ausmacht. Deswegen werden im ersten Kapitel der Arbeit zwei aktuelle konflikttheoretische Ansätze und deren Konfliktdefinition dargelegt. Weiter wird sich

mit der Problematik der Eskalation von Konflikten beschäftigt und auf ein Stufenmodell von Glasl (2013) zurückgegriffen, um entsprechende Eskalationsstufen im Konflikt festmachen zu können. Anschließend wird im zweiten Kapitel der Blick genauer auf die zu untersuchenden Konflikttakteure, die Gemeinwesenarbeit und die partizipative Planung gelegt. Dabei soll gezeigt werden, welchen Umgang und welche Herangehensweise diese unterschiedlichen (und sich doch teilweise überschneidenden) Arbeitsfelder in Bezug zu Stadtentwicklungskonflikten haben. Im dritten Kapitel wird dann das eigentliche Fallbeispiel, der Esso-Häuser-Konflikt, untersucht. Zuerst werden der Konflikt und seine Formationen anhand der Konfliktdefinitionen aus Kapitel 1 überprüft. Danach soll eine Übersicht der verschiedenen Akteure und ihres Handelns und Verhaltens gegeben und visualisiert werden. Anschließend lässt sich prüfen wann, wie und nach welcher Grundlage die beiden, für diese Arbeit hauptsächlich relevanten Akteure, die GWA St. Pauli und die PlanBude, in den Konflikt eingegriffen haben, um dann zu einer chronologischen Darstellung der Dynamik des Konflikts zu kommen, also festzustellen, zu welchem Zeitpunkt sich der Konflikt auf welcher Eskalationsstufe befunden hat. Daran lässt sich anschließend die Forschungsfrage beantworten, nämlich zu welcher Entwicklung des Konflikts das Eingreifen von GWA und PlanBude geführt hat und wie darüber eine Konfliktlösung möglich war. Am Ende soll das Fazit sich, neben der Zusammenfassung der Erkenntnisse aus dem Konflikt, der Frage widmen, ob der Esso-Häuser-Konflikt und dessen Bearbeitung als „Präzedenzfall“ für zukünftige Stadtentwicklungskonflikte dienen kann.

2. Konflikttheorie

Um Konflikte in der Stadtentwicklung und im Speziellen den Esso-Häuser-Konflikt einordnen zu können, soll auf aktuelle Konflikttheorie zurückgegriffen werden. Dabei soll geklärt werden, was ein Konflikt überhaupt ist, wie er sich typologisieren lässt und welche Eskalationsstufen er durchlaufen kann.

2.1. Konfliktdefinitionen

Der Begriff „Konflikt“ kommt vom lateinischen Verb „confligere“, was so viel wie „zusammentreffen“, „kämpfen“ oder „unterwerfen“ bedeutet. Er ist in den letzten

Jahrzehnten zu einem der meistgenutzten, schillerndsten und widersprüchlichsten Begriffe in den Sozialwissenschaften geworden (vgl. Herrmann 2013: 46). Dementsprechend findet sich in der wissenschaftlichen Literatur eine große Bandbreite an Konflikttheorien¹, welche sich durch die Vielfalt der Aspekte sowie durch ihre unterschiedliche Weite und Schärfe unterscheiden (vgl. Glasl 2013: 14 f.). Dies macht eine differenzierte Verwendung des Konfliktbegriffes in der Theorie unumgänglich. Es sollte weder auf einen zu weiten „Container-Begriff“ zurückgegriffen werden, in den sich alles Mögliche hineininterpretieren lässt (vgl. Glasl 2013: 14), noch sollten Konflikte verengt und als eindimensionales Geschehen dargestellt werden. Im folgenden Abschnitt sollen neuere Ansätze der Konflikttheorie dargelegt werden. Dabei wird sich auf die Arbeiten von Galtung (2007) und Glasl (2013) bezogen, da sie sowohl als maßgeblich für die heutige Konfliktforschung angesehen werden können, als auch den genannten Kriterien entsprechen.

2.1.1. Konfliktdefinition nach Galtung

Galtungs Konflikttheorie berücksichtigt die Aspekte der Bilateralität von Konflikten, den triadischen Aufbau eines Konflikts und die Unterscheidung in Konflikttypen. Außerdem hat Galtung sich stark mit Konflikttransformationen² beschäftigt, dies soll an dieser Stelle jedoch nicht weiter ausgeführt werden, da - bezüglich der Verlaufsanalyse eines Konflikts - mit der Eskalationsdynamik von Glasl (2013) eine für den Fall des Esso-Häuser-Konflikts gut anwendbare und sehr differenzierte Dynamikanalyse vorliegt. Für das Handeln in Konflikten, hingegen, soll auf GWA spezifische Ansätze zurückgegriffen werden.

¹ Eine Übersicht sozialwissenschaftlicher Konflikttheorien findet sich bei Bühl (1973) und Bonacker (2008).

² „Konflikttransformation – Ein allgemeiner, zusammenfassender Ausdruck, der sich auf Handlungen und Abläufe bezieht, die versuchen, die verschiedenen Eigenschaften und Ausdrucksformen von Konflikten zu ändern, indem die Grundursachen eines bestimmten Konfliktes langfristig angegangen werden. Sie zielt darauf ab, einen negativen, destruktiven Konflikt in einen positiven, konstruktiven Konflikt umzuwandeln und setzt sich mit strukturellen, verhaltens- und einstellungsbedingten Gesichtspunkten von Konflikt auseinander. Der Ausdruck bezieht sich sowohl auf den Ablauf als auch auf die Vollendung des Prozesses. Damit schließt er die Handlungen solcher Prozesse wie Konfliktprävention und Konfliktlösung mit ein und geht weiter als Konfliktbeilegung oder Konfliktmanagement.“ (Mischnick 2007: 59)

2.1.1.1. Der Konflikt als konstruktive und destruktive Kraft

Galtung geht von einer Ambivalenz von Konflikten aus. Konflikte, so Galtung, entfalten sowohl destruktive als auch konstruktive Kräfte, wobei er besonderes Augenmerk auf die nicht-gewalttätige Lösung von Konflikten legt: „Ein Konflikt erzeugt Energie. Die Schwierigkeit liegt darin, diese Energie in konstruktive Bahnen zu lenken.“ (Galtung 2007: 133) Jedoch besitzen besonders lösungsresistente Konflikte auch eine gewisse Bedrohlichkeit, es besteht eine Ausgangslage, bei „der Etwas existiert, was Etwas anderem im Weg steht“ (Galtung 2007: 133). Diese Ausgangslage nennt Galtung die „elementaren Konfliktformationen“:

„Disput: Zwei Menschen oder Akteure verfolgen das gleiche knappe Ziel/Gut.

Dilemma: Ein Mensch oder Akteur verfolgt zwei nicht miteinander zu vereinbarende Ziele/Güter.“ (Galtung 2007: 133)

Beide Konfliktformationen können, entsprechend Galtungs zweiseitiger Konfliktbetrachtung, zur Selbst- bzw. Fremdzerstörung führen, aber auch in konstruktive Bahnen gelenkt werden, was er anstrebt: „Eine diesem Zugang zur Konfliktproblematik zugrundeliegende These ist die, daß es zu einer kreativen Konfliktlösung keine brauchbare Alternative gibt.“ (Galtung 2007: 134)

Hier soll weiter nur auf den Disput-Typus von Konflikten eingegangen werden, da der Dilemma-Typus (innere Konflikte) für den weiteren Verlauf der Arbeit, die sich mit Stadtentwicklungskonflikten (im speziellen Esso-Häuser-Konflikt) beschäftigt, nicht relevant ist.

2.1.1.2. Der Konflikt als triadisches Konstrukt (Konfliktdreieck)

Doch was ist nun ein Konflikt entsprechend Galtungs Theorie? Er betont, dass die Aussage „hier besteht ein Konflikt!“ immer nur als Hypothese betrachtet werden sollte, nicht als etwas gar Offenkundiges (vgl. Galtung 2007: 134). Offenkundig wahrzunehmen ist für Außenstehende nur das destruktive Verhalten (V), denn dieses findet auf der manifesten Ebene statt und kann auch als ein Entstehungsmerkmal eines Konfliktes betrachtet werden. Gleichzeitig kann ein Konflikt, entsprechend des o.g. Doppelwesens von Konflikten, aber auch konstruktives Verhalten bei derselben Person, zur gleichen Zeit, am gleichen Ort befördern, z.B., wenn zwei Personen sich auf kreative Weise auf eine grundlegende

Konflikttransformation hinbewegen. Konstruktives und destruktives Verhalten sind nicht inkompatibel (vgl. Galtung 2007: 134).

In allen Fällen, in denen offensichtliches Konfliktverhalten zu Tage tritt, steckt etwas Bestimmtes dahinter. Dies wird von Galtung als Annahmen und Einstellungen (bzw. Haltungen) (A), bezeichnet. Dazu kommt der eigentliche Inhalt des Konflikts, von dem anzunehmen ist, dass es sich um einen Widerspruch (W) handelt (vgl. Galtung 2007: 135). Widerspruch bedeutet, dass Etwas gewünscht wird. Dieses Gewünschte wird als Ziel bezeichnet und seine Erfüllung als Ziel-Zustand. Daraus ergibt sich:

„*Widerspruch*: inkompatible Zielzustände in einem zielsuchenden System;
Konflikt: Annahmen/ Einstellungen + Verhalten + Widerspruch/Inhalt.

Mit anderen Worten: *Konflikt* = A + V + W. Der Konflikt ist ein triadisches Konstrukt. Hat man nur einen der drei Bestandteile im Auge, wird einem selbst dessen Bedeutung wahrscheinlich entgehen.“ (Galtung 2007: 135)

Wie bereits gesagt, befindet sich das Verhalten (V) auf der manifesten, also der offensichtlich wahrnehmbaren, Ebene. Die Annahmen (A) und der Widerspruch (W) hingegen befinden sich auf der latenten, theoretischen Ebene. Zusammengenommen lässt sich daraus ein Konfliktdreieck bilden:

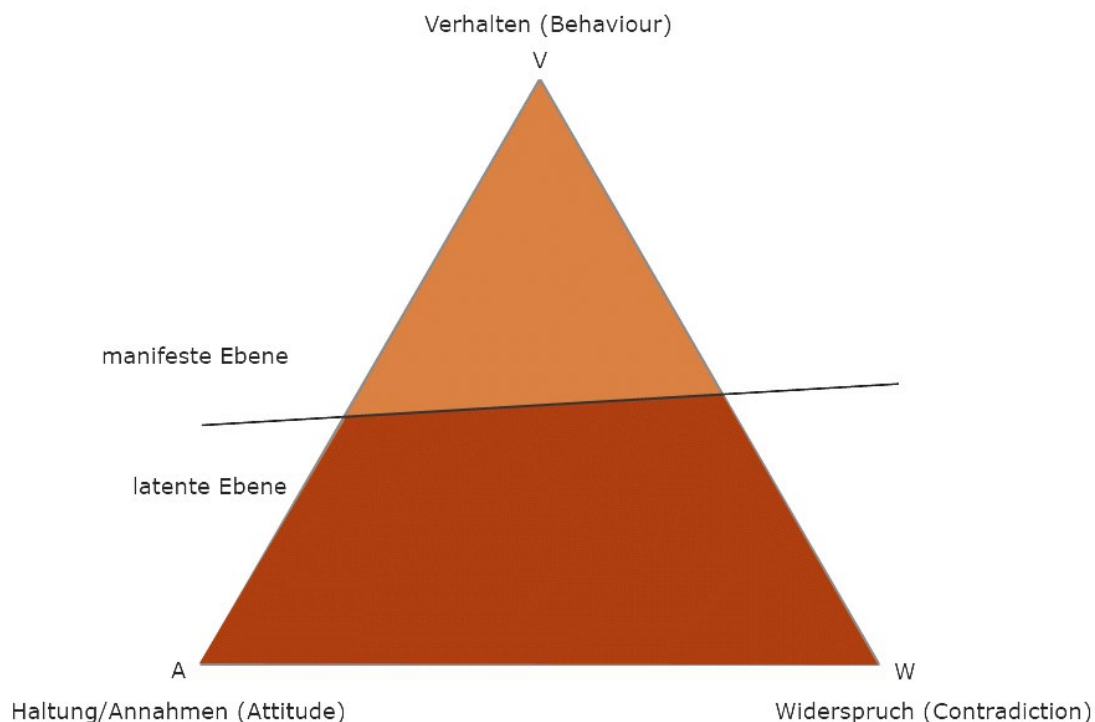


Abb. 1 Konfliktdreieck nach Galtung
Quelle: Galtung (2007: 136); Grafik: Bundeszentrale für politische Bildung (2012)

Das Konfliktdreieck kann benutzt werden, um Bewegungen in alle sechs Richtungen zu verfolgen und festzumachen; dabei kann an einem beliebigen Punkt begonnen werden (vgl. Galtung 2007: 136). Konfliktprozesse können an jedem der drei Eckpunkte, A, V oder W, einsetzen, wobei A, V und W sich gegenseitig bedingen. Z.B. kann ein Widerspruch (W) als Frustration erlebt werden, was wiederum zu einer aggressiven Einstellung (A) oder aggressivem Verhalten (V) führen kann (vgl. Galtung 2007: 136).

Ein Konflikt setzt also mit einer Ausrichtung auf A, V oder W an und es existiert eine A-, V- oder W-Realität (vgl. Galtung 2007: 137). Daraus ergeben sich acht Möglichkeiten:

- | | | | | |
|----|-----|-----|-----|---|
| 1. | A=0 | V=0 | W=0 | totaler Nicht-Konflikt, Zustand des Todes |
| 2. | A | V=0 | W=0 | Einstellungen/Annahmen gegeben |
| 3. | A=0 | V | W=0 | Verhaltensmuster gegeben |
| 4. | A | V | W=0 | Einstellungen/Annahmen u. Verhalten gegeben |
| 5. | A=0 | V=0 | W | Es gibt einen Widerspruch und sonst nichts |
| 6. | A | V=0 | W | Die Unterbewusstseinssebene ist präpariert |
| 7. | A=0 | V | W | Ritualisiertes Konfliktverhalten |
| 8. | A | V | W | ein voll ausgeprägter Konflikt |

Die Aufstellung kann von oben nach unten gelesen werden, wobei über die Entwicklung eines Konflikts, von Nichtvorhandensein bis hin zur vollen Ausprägung, spekuliert werden kann. Umgekehrt kann sie auch von unten nach oben gelesen werden, was wiederum eine mögliche Zergliederung bzw. Auflösung eines Konflikts erkennbar macht (vgl. Galtung 2007: 138).

2.1.1.3. Konflikttypen: Akteurskonflikte und strukturelle Konflikte

Galtung unterscheidet zwischen direkten und indirekten Konflikten bzw. Akteurskonflikten und strukturellen Konflikten. Beim Akteurskonflikt ist die latente Ebene, bestehend aus Annahmen (A) und Widerspruch (W), bewusst, beim strukturellen Konflikt hingegen sind A und W im Unterbewusstsein und werden sich prognostisch im Verhalten (V) der Konfliktparteien zeigen (vgl. Galtung 2007: 139). Andersherum ist es nicht möglich, denn ein Konflikt kann nicht nur auf der manifesten Ebene existieren (vgl. Galtung 2007: 138).

Im Akteurskonflikt sind die Konfliktparteien Subjekte, ihnen ist bewusst, was *ist* (Erkenntnis), was sie *wünschen* (Wollen) und deshalb *sein sollte*, und was sie empfinden (Gefühle) bezüglich

des Verhältnisses zwischen *ist* und *sollte* (vgl. Galtung 2007: 139). Problematisch ist jedoch, dass unter A im Konfliktdreieck auch „Annahmen“ bzw. „Unterstellungen“ platziert sind. Diese Prä-Kognitionen, Prä-Volitionen und Prä-Emotionen befinden sich zwischen dem Bewussten und dem Unbewussten, um sie bewusst zu machen, kann professionelle Hilfe vonnöten sein (vgl. Galtung 2007: 139 f.). In der W-Ecke des Dreiecks befindet sich der Widerspruch zwischen den Ziel-Zuständen. Auch hier gilt es, W aus dem Unbewussten zu holen, also manifest zu machen. Es soll ein Bewusstsein bei den Akteuren dafür geschaffen werden, wo die Inkompatibilität liegt, also welche Zielzustände einander im Wege sind (vgl. Galtung 2007: 140). Ist dies erreicht, hat man es mit einem bewussten Menschen zu tun, der sich über seine Vorstellungen, Wünsche und Gefühle im Klaren ist, aber auch weiß, was diesen entgegensteht. Es handelt sich um ein Subjekt, das in der Lage ist, zielgerichtet zu handeln und nicht nur sich zu verhalten (vgl. Galtung 2007: 140). Diese sogenannte „Bewusstmachung“ sieht Galtung als notwendige Voraussetzung einer positiven Konflikttransformation an (vgl. Galtung 2007: 140).

Beim strukturellen Konflikt sind Annahmen (A) und Widerspruch (W) tief im Unterbewusstsein verankert. Die Beteiligten sind auf Kollisionskurs, es besteht ein Widerspruch. Sie sind sich jedoch weder des Widerspruchs noch der Zielzustände bewusst, die den Widerspruch definieren (vgl. Galtung 2007: 142). Der Widerspruch liegt also im System, welches sie zusammenbringt oder anders ausgedrückt: *in der Struktur des sozialen Systems* (vgl. Galtung 2007: 142 f.). Galtung führt deshalb eine Unterscheidung zwischen *Interessen* und *Werten* ein. *Interessen* beschreibt Ziele, die objektiv betrachtet existieren, deren sich das Subjekt jedoch nicht bewusst ist, während *Werte* bewusst angestrebte Ziele meint (vgl. Galtung 2007: 143). Beide können materiell oder immateriell sein, in der Bewusstmachung liegt der Unterschied (vgl. Galtung 2007: 143).

2.1.2. Definition „Sozialer Konflikt“ nach Glasl

Glasl (2013: 14) spricht sich für eine differenzierte Verwendung des Begriffs „Konflikt“ aus und gegen einen zu weiten „Container-Begriff“, in den jeder hineininterpretieren kann, was er möchte. Dies diene nur der Vernebelung oder Polarisierung. Seine Konfliktdefinition ist eine Synthese bereits bestehender Konfliktdefinitionen, u.a. von Ken Thomas (1976), Hugo Prein (1982) und Bruno Rüttinger (1980), grenzt diese jedoch prägnant weiter ein:

„Sozialer Konflikt ist eine Interaktion

- zwischen Akteuren (Individuen, Gruppen, Organisationen usw.),
- wobei wenigstens ein Akteur
- eine Differenz bzw. Unvereinbarkeiten
im Wahrnehmen
und im Denken bzw. Vorstellen
und im Fühlen
und im Wollen
- mit dem anderen Akteur (den anderen Akteuren) in der Art erlebt,
- dass beim Verwirklichen dessen,
was der Akteur denkt, fühlt oder will eine Beeinträchtigung
- durch einen anderen Akteur (die anderen Akteuren) erfolge.“ (Glasl 2013: 17)

Dabei kommt es vor allem auf Folgendes an:

- Es besteht eine Interaktion, also ein aufeinander bezogenes Handeln oder Kommunizieren.
- Es genügt, wenn einer der beiden Akteure die Unvereinbarkeit als solche erlebt und seiner/ihrer Subjektivität entsprechend handelt.
- Die Unvereinbarkeit im Denken/Vorstellen/Wahrnehmen kann bloß auf der kognitiven Ebene gegeben sein, es muss aber auch ein entsprechendes Realisierungshandeln vorhanden sein.
- Die Unvereinbarkeit muss auch im Gefühls- bzw. Willensleben gegeben sein.
- Wenigstens eine Partei erlebt die Interaktion so, dass sie die Gründe für das Nicht-Verwirklichen der eigenen Gedanken, Gefühle und/oder Intentionen der anderen Partei zuschreibt.
- Ohne die Realisierung und das Erleben der Beeinträchtigung seitens immerhin einer Partei, besteht kein sozialer Konflikt.
- Selbst wenn nur eine Partei dies subjektiv so erlebt, wird sie sich in ihrer Kommunikation und im Verhalten dem vermeintlichen Gegner gegenüber so benehmen, dass sie die (vermeintliche) Beeinträchtigung durch ihn unwirksam machen will.

(vgl. Glasl 2013: 17 f.)

Die Abgrenzung von sozialen Konflikten gegenüber anderen Interaktionssituationen, die nicht alle o.g. Bedingungen erfüllen, wird von Glasl besonders betont. Diese Interaktionen stellen für ihn keinen Konflikt dar. Dazu gehören Unvereinbarkeiten nur im kognitiven

Bereich, Unvereinbarkeiten nur im Fühlen, Unvereinbarkeiten im Wollen und das Aufeinanderstoßen von unvereinbarem Verhalten (vgl. Glasl 2013: 18 f.). Konstituierend für einen „echten“ sozialen Konflikt sind, laut Glasl (2013: 19), Unvereinbarkeiten im Wahrnehmen und im Denken und im Fühlen und im Wollen und im Handeln.³

2.2. Dynamik der Eskalation

Ein Verständnis der Eskalationsdynamik und ein zusammenhängendes Eskalationsmodell bieten für den Umgang mit Konflikten praktischen Nutzen. Um in der Konfliktbehandlung eine passende Interventionsstrategie auswählen zu können, ist es wichtig zu erkennen, bis zu welchem Grad die Konflikte bereits angewachsen sind (vgl. Glasl 2013: 200). Außerdem ergibt das Erkennen der Eskalationsstufe Anhaltspunkte für eine wirksame Verknüpfung von Maßnahmen mit kurzfristiger bzw. langfristiger Wirkung sowie für das Verhältnis von präventiven zu kurativen Maßnahmen (vgl. Glasl 2013: 201).

2.2.1. Mechanismen der Eskalationsdynamik

Es existieren einige Mechanismen, die den Eskalationsprozess vorantreiben und zumeist in einem paradoxen Verhältnis zueinander stehen (vgl. Glasl 2013: 209). Dadurch wird die Konfliktsituation komplexer und die bestehende Unsicherheit der Konfliktparteien erhöht. „Was immer die Parteien aus den Mechanismen heraustun, sie manövrieren sich von Mal zu Mal nur noch tiefer in den Konflikt hinein.“ (Glasl 2013: 209) Diese Basismechanismen werden von Glasl (2013: 209 f.) als „Eskalationstreiber“ folgendermaßen charakterisiert:

1. *Zunehmende Projektion bei wachsender Selbstfrustration*

Die Konfliktparteien projizieren alles Negative auf die Gegenpartei. Andererseits frustrieren sich die Konfliktparteien mit unbeherrschten Aktionen selbst. Auf beiden Seiten wächst das Unbehagen mit sich selbst.

2. *Ausweitung der strittigen Themen bei gleichzeitiger kognitiver Komplexitätsreduktion*

Es werden von den Konfliktparteien immer mehr Punkte in den Konflikt gezogen und

³ Interessant ist hier auch der Vergleich mit Galtung (siehe 2.1.1.2.): Ein voll ausgeprägter Konflikt ist nur bei A+V+W vorhanden.

zu „Konflikt-Issues“ gemacht, sodass die Streitfragen an Anzahl, Umfang und Komplexität zunehmen. Andererseits simplifizieren die Konfliktparteien die Situation.

3. *Wechselseitige Verflechtung von Ursachen und Wirkungen bei gleichzeitiger Simplifizierung der Kausalitätsbeziehungen*

Streitpunkte der subjektiven bzw. objektiven Sphäre werden zusehends miteinander verflochten; klare und eindeutige Ursachen-Wirkungs-Zusammenhänge sind nicht mehr zu bestimmen. Die Konfliktparteien neigen jedoch zu simplifizierten Erklärungsmodellen über Ursachen und Wirkungen im Konflikt.

4. *Ausweitung der sozialen Arena bei gleichzeitiger Tendenz zum Personifizieren des Konflikts*

Die Konfliktparteien ziehen einen immer weiteren Personenkreis zur eigenen Unterstützung im Konflikt hinzu, die Art der Auseinandersetzung neigt jedoch mehr und mehr zu Personifizierung; Face-to-Face Kontakte nehmen ab.

5. *Beschleunigung durch Bremsen*

Durch Erhöhung der Gewaltandrohung hoffen die Konfliktparteien auf gegenseitiges Nachgeben. Die tatsächliche Wirkung ist jedoch umgekehrt: Der Gegner reagiert gewaltsamer, es tritt eine beschleunigte Eskalation auf. Was als Abschreckung bzw. „Bremse“ gedacht ist, wirkt als Provokation und Beschleunigung.

2.2.2. Phasenmodell der Eskalation

Nachdem die wichtigsten Mechanismen, die zur Eskalation beitragen, ausgeführt wurden, soll nun das Phasenmodell der Konflikteskalation nach Glasl dargelegt werden. Dabei haben er und sein Forschungsteam mehr als dreihundert eigene Praxisfälle analysiert und daraus, in Auseinandersetzung mit vorhandener Literatur zu Eskalationsdynamik, eine eigene Phasentheorie gebildet (vgl. Glasl 2013: 235). Dabei sind unterschiedliche Schwellen deutlich geworden, wie in Abb. 2 gezeigt. Im Gegensatz zu den meisten anderen Eskalationsmodellen wird der Eskalationsprozess von Glasl als eine *Abwärtsbewegung* dargestellt. Dies soll zeigen, dass der Weg der Eskalation mit einer zwingenden Kraft in Regionen führt, die große, „unmenschliche Energien“ aufrufen, die sich auf Dauer der menschlichen Steuerung und Beherrschung entziehen (vgl. Glasl 2013: 235).

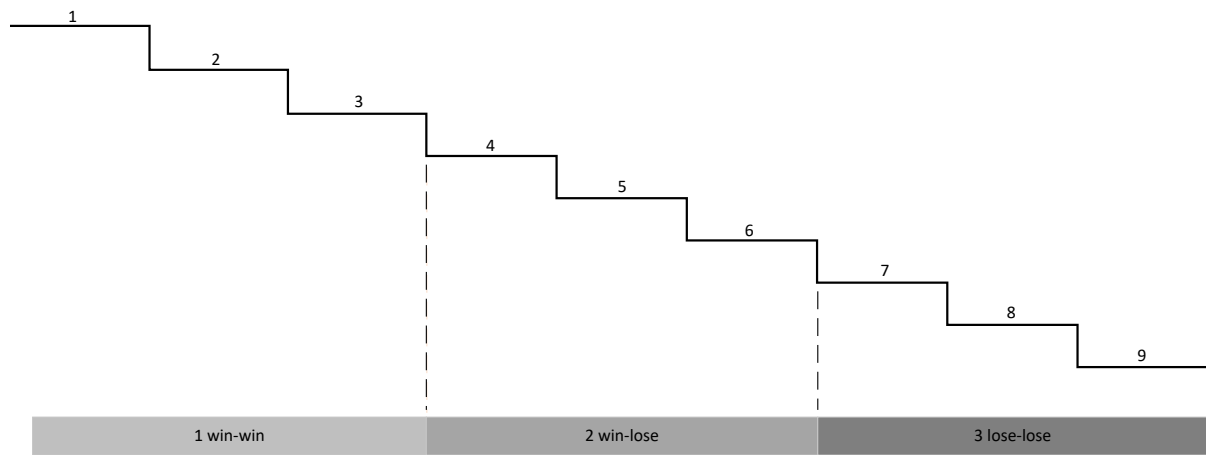


Abb. 2 Stufen und Schwellen der Eskalation
 Quelle: Glasl (2013: 234) (Abbildung leicht verändert)

Betritt eine Konfliktpartei das nächste Gewaltniveau, beraubt sie sich vieler Handlungsmöglichkeiten. Bestimmte Handlungsalternativen werden ausgeschlossen und somit das eigene Verhalten und das des Gegners weiter eingengt (vgl. Glasl 2013: 236). „Der Übergang von Stufe zu Stufe kann auch als das Abgleiten von einem Regressionsniveau zu einem noch niedrigeren Regressionsniveau dargestellt werden. [...] Die Wendepunkte markieren also Regressionsschwellen.“ (Glasl 2013: 236) Während auf den Eskalationsstufen 1-3 noch eine Win-Win-Situation für die Konfliktparteien herrscht, führen die Stufen 4-6 zu einer Win-Lose-Situation, also dem Gewinnen einer (oder mehrerer) Konfliktpartei(en) und dem Verlieren der anderen. Auf den Stufen 7-9 ist nur noch eine Lose-Lose-Situation, also das Verlieren beider (bzw. aller) Konfliktparteien möglich.

Die einzelnen Stufen werden von Glasl (2013: 236 ff.) differenziert dargestellt. Sie lassen sich durch bestimmte Merkmale auf den Ebenen der Einstellungen/Intentionen, der Wahrnehmungen (Perzeptionen) und der Interaktionen voneinander unterscheiden, wie in Abb. 3 dargestellt:

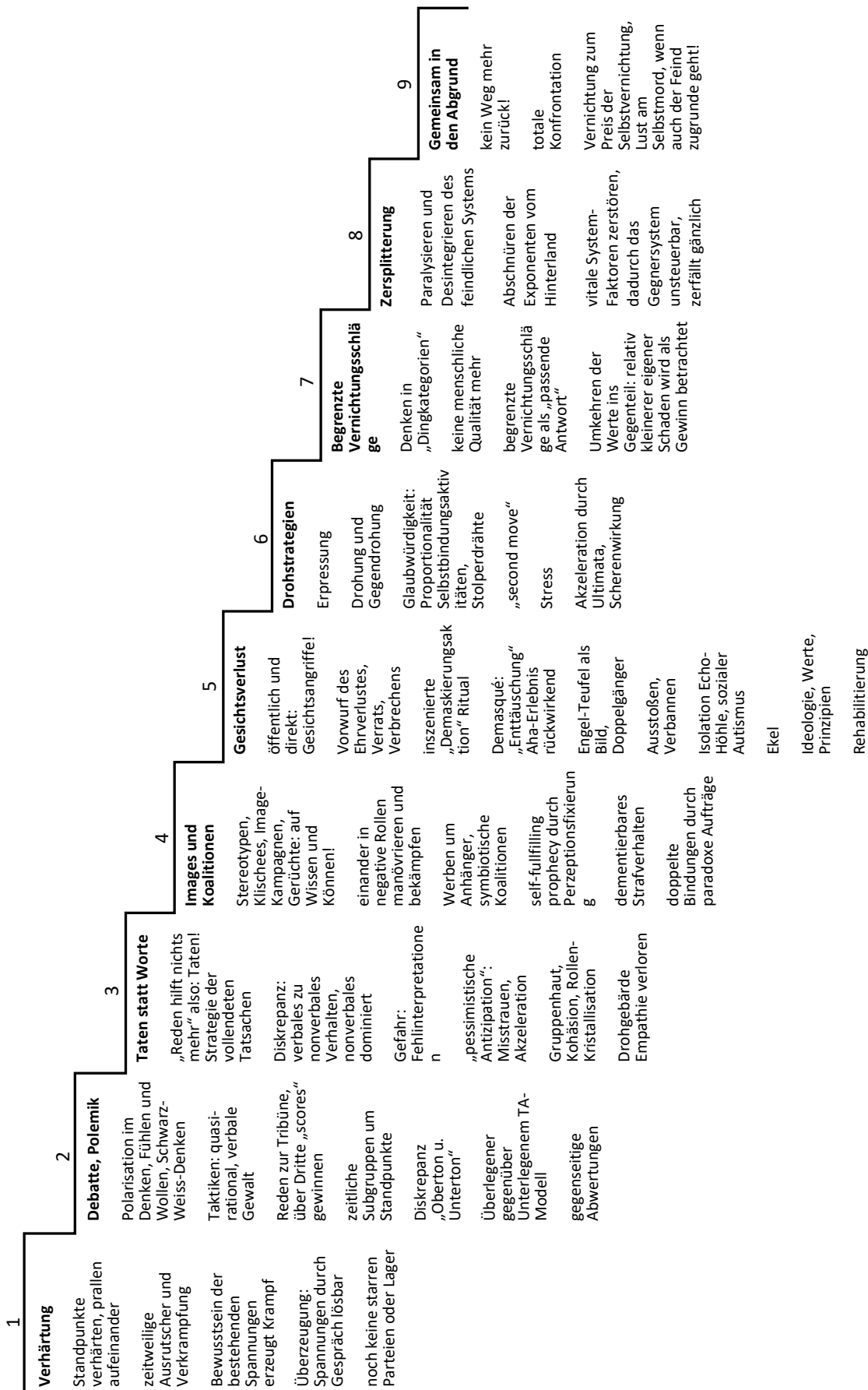


Abb. 3 Die 9 Stufen der Konflikteskalation
Quelle: Glasl (2013: 236 f.) (leicht verändert)

Kooperation>Konkurrenz Kooperations > Konkurrenz Kooperation<Konkurrenz

Einige Begrifflichkeiten aus Abbildung 3 bedürfen einer genaueren Erklärung:

2. Stufe:

- *TA-Modell*: Modell der Transaktionsanalyse, bei dem zwischen drei verschiedenen „Ich-Positionen“ in der Kommunikation unterschieden wird (parent, adult, child). Kommunikationsprobleme treten da auf, wo sich Dreiecks-Transaktionen bilden. D.h. bei zwei Partner*innen sind drei Ich-Positionen im Spiel, offenkundig unterhalten sich die Partner*innen als zwei adults, unterschwellig findet jedoch eine Interaktion unter Ungleichen statt. Auch eine gekreuzte Transaktion sorgt für einen Bruch in der Interaktion. Dabei korrespondieren die Rollenbilder beider Parteien nicht miteinander, es kann wiederum vorkommen, dass sich die Parteien auf sozialem Niveau als Gleiche ansprechen, unterschwellig herrscht jedoch eine Ungleichheitsbeziehung. (vgl. Glasl 2013: 244 f.)

3. Stufe:

- *Gruppenhaut, Kohäsion, Rollen-Kristallisation*: „innerhalb der Parteien wächst der Gruppenzusammenhalt mit starkem Meinungs-Konformitätsdruck“ (Glasl 2013: 257) Begegnen sich die Gruppen, treten bestimmte Personen öfters in den Vordergrund, weil ihre besonderen Fähigkeiten die Siegchancen ihrer Gruppe erhöhen, dies bewirkt eine Rollenfixierung auf Einseitigkeiten („Rollenkristallisation“) (vgl. Glasl 2013: 258).

4. Stufe:

- *Self-fulfilling-Prophecy durch Perzeptionsfixierung*: Es steht nicht mehr das sachbezogene Problem im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit, sondern das Problem mit dem anderen Akteur. Die Bemühungen verlagern sich auf das Bekämpfen der Natur des Gegners, sachbezogene Lösungen treten in den Hintergrund. Gleichzeitig erleben die Parteien ihre Unfähigkeit, mit den Differenzen zu Rande zu kommen. (vgl. Glasl 2013: 266)
- *Dementierbares Strafverhalten*: „Eine Konfliktpartei verhält sich dann so, dass sie die Gegenpartei gemäß ihrem stereotypen Bild geschickt so anspricht und provoziert, dass sie ihr gleichzeitig die Berechtigung nimmt, darauf feindselig zu reagieren.“ (Glasl

2013: 263) „Die Form des Verhaltens erlaubt es, eine negative Absicht zu leugnen und doch aggressive Gefühle auszuleben.“ (Glasl 2013: 264)

- *Doppelte Bindungen durch paradoxe Aufträge:* „Auch die Formen des «dementierbaren Strafverhaltens» führen zu einem Spiel mit den verschiedenen Bedeutungsebenen der Kommunikation [siehe TA-Modell] und damit zu paradoxen Beziehungen.“ (Glasl 2013: 264) „Die doppelte Bindung der Konfliktparteien besteht unter anderem darin, dass beide einander bekämpfen und irritieren, einander aber benötigen, um Aversionen ausleben zu können.“ (P. van de Griend 1975; zit.n. Glasl 2013: 264)

5. Stufe

- *Demasqué: „Enttäuschung“ Aha-Erlebnis rückwirkend:* „Mit dem „Aha-Erlebnis“ der Entlarvung kommt ein tiefes Gefühl des Ekels und der Abscheu auf.“ (Glasl 2013: 273) Es findet eine symbolhafte Selbstreinigung statt, man macht sich vom Gegner los, mit dem man Gemeinschaft gehabt hat. Dies geschieht aus dem Empfinden heraus, jahrelang schon hintergangen worden zu sein. (vgl. Glasl 2013: 273)
- *Echo-Höhle:* Die Parteien haben einander demaskiert und verworfen, sich psychisch „verbannt“. Jede Partei hört nur noch ihre eigenen Klagen, weil die eigenen Anhänger die Urteile über sich selbst und über die Gegenpartei wie ein Echo verstärken. Aus den eigenen Reihen tönt zurück, was jeder als „Bestätigung von außen“ zu hören wünscht. Dadurch verfestigen sich Perzeptionen und Einstellungen noch weiter. (vgl. Glasl 2013: 273)

6. Stufe

- *Glaubwürdigkeit (Proportionalität Selbstbindungsaktivitäten, Stolperdrähte):* Die Drohenden stellen Überlegungen zur Proportionalität von Forderung, Sanktion und Sanktionspotential sowie den Risiken an, diese werden jedoch von den Bedrohten anders wahrgenommen. Damit Drohende und Drohung glaubhaft sind, betonen die Drohenden durch Akte der Selbstbindung ihre Ernsthaftigkeit. Dadurch engen sich Entscheidungs- und Handlungsspielräume für beide Parteien weiter ein, die Drohenden gelangen in eine Abhängigkeit zu den Bedrohten. (vgl. Glasl 2013: 294)

- „*second move*“: Durch Aktionen der Selbstbindung macht die drohende Partei ihr Verhalten vom Verhalten der Bedrohten abhängig. Indem die Drohenden den Bedrohten den „zweiten Zug (*second move*)“ zuweisen, haben die Drohenden selbst keinerlei Wahlmöglichkeiten mehr. (vgl. Glasl 2013: 289)
- *Akzeleration durch Ultimata*: Die bedrohte Partei erlebt sich durch ein Ultimatum und angedrohte Sanktionen eingeengt. Die Handlungsmöglichkeiten scheinen durch den Gegner beschränkt. Die Bedrohten entwickeln Gefühle der Ohnmacht, denen sie entgehen wollen. Dafür wird nötigenfalls zu irrationalen Mitteln gegriffen. Die Drohung bewirkt eine massive Gegendrohung. (vgl. Glasl 2013: 283)

3. Umgang mit Konflikten durch GWA und „partizipative Planung“

In diesem Kapitel sollen die besondere Bedeutung von Konflikten in der Gemeinwesenarbeit und in der partizipativen Stadtplanung herausgearbeitet und entsprechende fachspezifische Herangehensweisen bzw. Konflikthaltungen und Lösungsansätze vergleichend betrachtet werden. Dies soll eine theoretische Grundlage für die Analyse der Haltung und des Verhaltens der entsprechenden Akteure im Esso-Häuser-Konflikt darstellen.

3.1. Konflikte in der Gemeinwesenarbeit

Nachdem in den vorherigen Abschnitten allgemeingültige Konfliktdefinitionen von Galtung und Glasl sowie die Eskalationsdynamik von Konflikten dargestellt wurden, soll sich nun, im Hinblick auf den Esso-Häuser-Konflikt und das Eingreifen der Gemeinwesenarbeit, auf Konfliktbearbeitung durch GWA bezogen werden.

Grundsätzlich sind Konflikte für die soziale Arbeit ein allgegenwärtiges Phänomen. Sie treten sowohl bei der Arbeit mit den Klient*innen auf, mit Kolleg*innen im Team, zwischen Vorgesetzten und Mitarbeiter*innen, in Organisation und Lebenswelten, als auch in den Individuen selbst in Form von inneren Ambivalenzen und Rollenkonflikten. Konflikte sind quer durch alle Arbeits- und Tätigkeitsfelder grundlegende Bezugspunkte Sozialer Arbeit (vgl. Herrmann 2013: 46). Für unseren Fall (den Esso-Häuser-Konflikt) spielen jedoch intrapersonelle und inner-organisations-Konflikte eine untergeordnete Rolle, es soll der Blick auf die interpersonellen Konflikte zwischen den verschiedenen Konfliktakteuren gerichtet werden. Dabei ist es wichtig zu beachten, dass neben diesen Konflikten zwischen Akteuren

weitere Konfliktpotenziale in Form von strukturellen Widersprüchen, Unvereinbarkeiten und Handlungsbeeinträchtigungen bestehen. Damit ist gemeint, dass bei der Lösung und Entstehung sozialer Probleme sowie bei der Teilhabe und Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und Reichtum immer auch asymmetrische Beziehungen, Machtungleichgewichte und ungleiche Ressourcenzugänge eine wichtige Rolle spielen (vgl. Stövesand/Röh 2015: 10). Die Aufhebung einer solchen, strukturell hervorgerufenen, sozialen Ungleichheit wird von Stock (2015: 69) als zentrale Aufgabe der Sozialen Arbeit beschrieben. Dem liegt ein Verständnis zugrunde, welches die Soziale Arbeit als Teil von sozialer Bewegung versteht; gesellschaftliche Konflikte werden damit zu einem immanenten Teil ihrer (der Sozialen Arbeit) (vgl. Stock 2015: 69).

In der Geschichte der GWA haben sich verschiedene Ansätze bezüglich der (nicht) Konfliktorientierung und des Umgangs mit Konflikten herausgebildet. Für Murray G. Ross, den in der Anfangszeit der GWA hauptsächlich rezipierten Autor, waren (politische) Konflikte in der GWA offensichtlich schwer vorstellbar. Er bezeichnete Gemeinwesenarbeit als:

„... einen Prozess, in dessen Verlauf ein Gemeinwesen seine Bedürfnisse und Ziele feststellt, sie ordnet oder in eine Rangfolge bringt, Vertrauen und Willen entwickelt, etwas dafür zu tun, daß es also in dieser Richtung aktiv wird und dadurch die Haltungen von Kooperation und Zusammenarbeit und ihr tätiges Praktizieren fördert“ (Ross/Lappin 1971: 58)

Das Gemeinwesen wird hier als weitgehend homogenes Gebilde gesehen, dem widerstreitende Interessen und dadurch hervorgerufene Konflikte offenbar unbekannt sind (vgl. Stock 2015: 71). Mit der in Deutschland aufkommenden Studentenbewegung entwickelte sich eine Abkehr von diesem harmonischen Bild. Konflikte im Reproduktionsbereich sollten stärker in den Fokus gemeinwesenarbeitscher Tätigkeit genommen werden und disruptive Taktiken hielten Einzug in die GWA (vgl. Stock 2015: 71). Maßgeblich dafür war die Übersetzung von Harry Spechts „Disruptive Tactics“ ins Deutsche zu „Disruptive Taktiken in der Gemeinwesenarbeit“ (Specht 1973). Die von Specht entwickelten Interventionsformen reichen von Kooperations- und Konkurrenzkampagnen über Disruption/Kampf bis hin zur Gewalt/Revolte, wobei letzteres außerhalb „des taktischen Arsenal professioneller Sozialarbeiter“ (Specht 1973: 215) liegt (vgl. Stock 2015: 71). Die Disruption zielt auf die Veränderung von Statusbeziehungen und damit folglich auch auf die Veränderung gesellschaftlicher Machtstrukturen ab (vgl. Stock 2015: 72). Jedoch bestehe „das dominante Ziel der Gemeinwesenarbeit [...] darin, Gemeinwesen in die Lage zu versetzen, eine Strategie der Schlichtung und des Ausgleichs zu entwickeln, um von der Revolte über den

Kampf und die Konkurrenz-Kampagne zur Kooperation vorzustoßen“ (Specht 1973: 215). Es geht also nicht um die Vertiefung gesellschaftlicher Widersprüche, sondern um Überbrückung dieser; die Gemeinwesenarbeiter*innen werden als „Agenten von Veränderung“ bezeichnet (vgl. Stock 2015: 72).

Ab Mitte der 90er Jahre erhielt dann auch Alinskys Ansatz des Community Organizing (CO) Einzug in die GWA in Deutschland. CO hat den Aufbau von Bürger*innen-Organisationen, welche für ihre Interessen eintreten und somit auch konfliktfähig sein müssen, zum Ziel:

„Eine Bürger-Organisation ist eine Konfliktpartei. [...] Der Aufbau einer Bürger-Organisation ist der Aufbau einer neuen Machtgruppierung. Eine neue Machtgruppierung zu schaffen, bedeutet automatisch eine Einmischung in und eine Bedrohung für die bestehenden Machtverhältnisse und damit eine Infragestellung des Status quo. [...] Eine Bürger-Organisation ist keine philanthropische Spielwiese oder irgendein sozialer Klimbim einer Wohlfahrtsorganisation. [...] Eine Bürger-Organisation hat sich einem ewigen Krieg verschrieben. Es ist ein Krieg gegen Armut, Elend, Kriminalität, Krankheiten, Ungerechtigkeit, Hoffnungslosigkeit, Verzweiflung und Unglück. [...] In unseren Krieg gegen soziale Ungerechtigkeit kann es keinen Kompromiß geben. [...] Radikale kämpfen für den Sieg.“ (Alinsky 1999: 122 f.)

Auch wenn Alinsky sich eindeutig vom „sozialen Klimbim einer Wohlfahrtsorganisation“ abgrenzt, haben seine Ideen immer wieder Eingang in die Gemeinwesenarbeit gefunden. Die von ihm aufgestellten Konflikttaktiken gehören heute zum gängigen Handlungsrepertoire öffentlichkeitswirksamer, außerparlamentarischer Aktionen (vgl. Stock 2015: 73). Der Ablauf eines CO-Prozesses ist folgender, wobei wieder beim ersten Punkt gestartet wird, nachdem Punkt vier abgeschlossen ist (vgl. Müller/Richers/Sippel 2015: 18):

- (1) Persönliche Gespräche
- (2) Versammlung, Machtanalysen und Nachforschungen
- (3) Aktionen und
- (4) Reflexion und Organisationsaufbau

Konflikte werden im CO positiv gedeutet. Grundsätzlich ist CO auf Kooperation angelegt, jedoch gilt, dass es ohne Auseinandersetzungen und Konflikte, z.B. mit einer Stadtverwaltung, einer Wohnungsbaugesellschaft oder einem Wirtschaftskonzern, kaum Veränderung geben wird. Konflikte sind nicht nur eine Begleiterscheinung der Organisation von Bürger*innen, sondern deren Lebenselixier. CO an sich ist eine konfliktorientierte Methode, was jedoch nicht mit einer aggressiven oder destruktiven Methode verwechselt werden darf. Konflikte im Rahmen des CO bleiben stets ethisch und demokratisch gerahmt. Sie dienen dem Ziel, die

gemeinsamen formulierten und deshalb legitimen Interessen der Bürger*innen durchzusetzen (vgl. Alinsky 2010: 53 f.).

Neben diesen Einflüssen durch anglo-amerikanische Autoren entwickelte sich auch eine bundesdeutsche Debatte um die Konflikthaltung der GWA. Oelschlägel schreibt in seiner „Arbeitsdefinition Gemeinwesenarbeit“: „Ausgangspunkte für GWA sind meist soziale Konflikte, zunehmend hat sie auch einen präventiven Ansatz („Frühwarnsystem“, Sozialplanung).“ (Boulet/Krauss/Oelschlägel 1980: 180) Weitere Hinweise auf Konflikthaftigkeit finden sich in seinem „Arbeitsprinzip GWA“ (vgl. Oelschlägel 2001: 65 f.):

- GWA sieht die Probleme in ihrem historischen und gesellschaftlichen Kontext.
- GWA integriert verschiedene Methoden der Sozialarbeit, der Sozialforschung und des politischen Handelns.
- Ziel von GWA ist die Aktivierung der Eigenkräfte der Stadtteilbevölkerung bis hin zu politischen Aktionen.
- GWA will die Menschen zu Subjekten politischen aktiven Lernens und Handelns machen. Dies bedeutet, dass das Arbeitsprinzip GWA durch seinen normativen Aspekt die scheinbare Neutralität vieler bisheriger GWA-Konzepte aufgibt und parteilich wird.

Weiter unterscheidet das „Arbeitsprinzip GWA“ drei Dimensionen von GWA: Die territoriale GWA, die funktionale GWA und die kategoriale GWA (vgl. Boulet/Krauss/Oelschlägel 1980: 291 ff.).

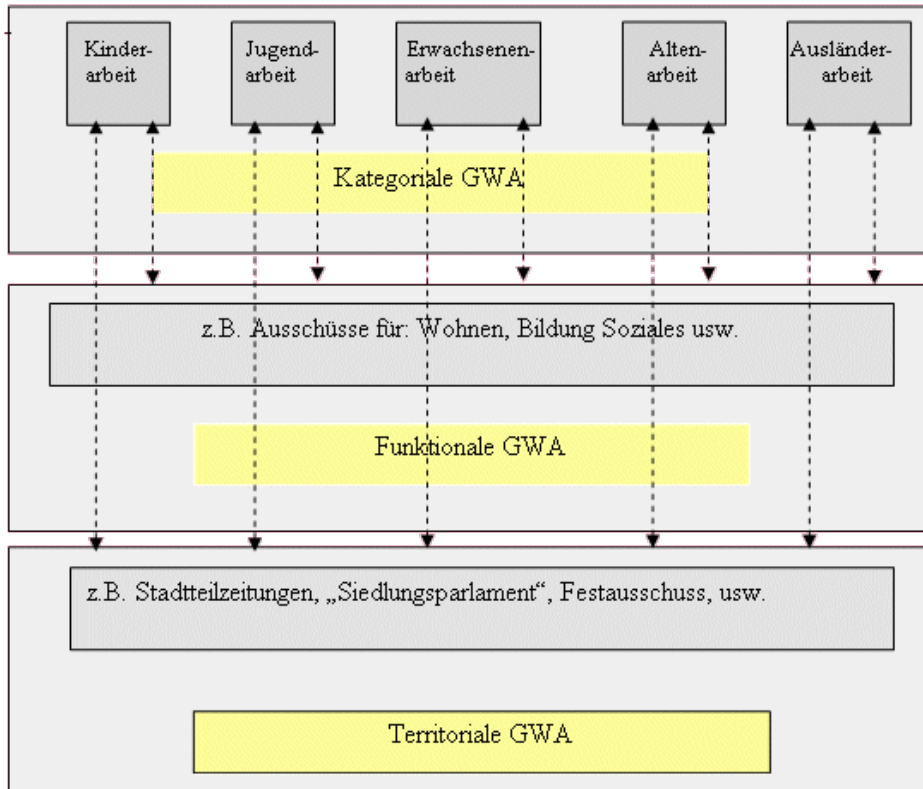


Abb. 4 Darstellung der drei Formen des Arbeitsprinzips GWA und ihre Interdependenz
Quelle: (Boulet/Krauss/Oelschlägel 1980: 301)

- Territoriale GWA begreift das Gemeinwesen als einen politisch-ökologischen Raum, der von außen und von innen als eine relative Einheit gesehen wird, wie beispielsweise Milieu, Gemeinwesen, Stadtteil oder Nachbarschaften. Dabei richtet GWA ihr Augenmerk auf die Lebensbedingungen, Kommunikationsstrukturen und die Folgen von Entfremdung. Es geht um eine direkte oder indirekte Bearbeitung der vorhandenen Probleme. Die zur Verfügung stehenden Arbeitsmittel sind z.B. Stadtteilzeitungen, Stadtteilstunden und Stadtteilbegehungen. Des Weiteren ist der ständige Kontakt zu überörtlichen und örtlichen Gremien sowie Institutionen wichtig (vgl. Holubec 2005).
- Funktionale GWA legt den Schwerpunkt auf Bereiche wie Wohnen, Mobilität, Konsum, Bildung, Erziehung und Freizeit, in denen sich das gesellschaftliche System

ausprägt. Sie können somit auch als „Funktionen“ des Gemeinwesens bezeichnet werden. Gemeinwesenarbeit hat die Aufgabe, ihr Augenmerk auf die unterschiedliche Betroffenheit zu legen und dabei die politischen und ökonomischen Bedingungen der Wohn- und Arbeitssituation zu berücksichtigen. Im Mittelpunkt dieses Ansatzes stehen die gemeinwesensspezifischen Lebensbedingungen, die für die „Reproduktion“ von Bedeutung sind. Faktoren, die alle im Gemeinwesen Lebenden unterschiedlich betreffen, wie zum Beispiel die materiellen Möglichkeiten in Folge bestimmter Schichtenzugehörigkeit. Neben der Problembewältigung ist die Organisation der Betroffenen ein Ziel. Sie sollen lernen, ihre Rechte in Anspruch zu nehmen, um Einfluss auszuüben und mitzubestimmen. Arbeitsmittel sind z.B. die aktivierende Befragung, Stadtteilversammlungen, Anregung von Bürger*inneninitiativen sowie das Erlernen von Kompetenzen im Umgang mit Behörden (vgl. Holubec 2005).

- Kategoriale GWA ist primär personenkreisorientiert. Dieser Arbeitsform der GWA geht es darum, eine Verbesserung der Situation von bspw. Frauen, Migrant*innen, Kindern oder Jugendlichen zu erreichen. Verbunden mit den Merkmalen bestimmter Personenkreise treten häufig Probleme auf, wie beispielsweise ein Verlust der Ich-Stärke bei Jugendlichen. Dafür können die Wirkung von Werbung oder Massenmedien sowie die Kommerzialisierung des gesamten Lebensbereichs ausschlaggebende Gründe sein. Mögliche Folgen sind Ersatzhandlungen, mangelnde Solidarität oder psychische Probleme. Eine Zielstellung von GWA ist es, den Raum des Gemeinwesens als praktisches Lernfeld wieder zu erschließen, um kollektives Verhalten und Solidarität zu fördern. Mögliche Arbeitsmittel sind Freizeiträume, soziokulturelle Einrichtungen sowie Spielplätze (vgl. Holubec 2005).

Es treten also in allen drei Dimensionen von GWA Probleme und Konflikte auf und bedürfen einer entsprechenden professionellen Bearbeitung mit den jeweiligen Arbeitsmitteln. Allerdings verschweigt Oelschlägels Arbeitsdefinition nicht den Umstand, dass der GWA, neben dem Konfliktbezug, auch ein präventiver Ansatz als politisches „Frühwarnsystem“ innewohnt. Das bedeutet, dass mögliche Konflikte bereits im Vorfeld einer etwaigen Eskalation und in gemeinsamer Diskussion von Planer*innen und Betroffenen beseitigt werden sollen (vgl. Stock 2015: 74). Diese Rolle wird den Gemeinwesenarbeiter*innen auch

von der Bundesregierung, in dem von ihr 1970 herausgegebenen Städtebaubericht, zugewiesen:

„Aufgabe des Gemeinwesenarbeiters ist es, unterprivilegierten Gruppen, die am politischen Prozeß nur am Rande teilnehmen, zu helfen, sich zu organisieren, um ihre Interessen besser durchzusetzen oder auch um sie überhaupt erst zu artikulieren. Dabei kann der Gemeinwesenarbeiter die Rolle eines Kommunikationsglieders zwischen betroffenen Gruppen und Planungsbehörde übernehmen.“ (Bundesregierung 1970: 52)

Einen ähnlichen Ansatz verfolgt später auch Wolfgang Hinte mit seinem 1987 veröffentlichten Konzept der „Stadtteilbezogenen Sozialen Arbeit“⁴. Mit diesem praktisch orientierten Ansatz stehen laut Stock (2015: 75) nicht mehr die Ursachen gesellschaftlicher Ungleichheit im primären Blickfeld der Professionellen, sondern deren Parteilichkeit bei der Bewältigung der damit hervorgerufenen sozialen Folgeerscheinungen.

3.2. Konflikte in der partizipativen Stadtplanung

In diesem Abschnitt soll aufgezeigt werden, wie partizipative Stadtplanung mit Konflikten umgeht bzw. welche Haltung sie zu diesen einnimmt. Auch soll herausgearbeitet werden, inwieweit sich diese Konflikthaltung von (im vorherigen Abschnitt genannten) Ansätzen der GWA unterscheidet.

Als Zweck eines Partizipationsprozesses wird die Klärung bzw. die Aushandlung einer Entscheidung bzw. ihrer Alternativen zwischen den verschiedenen Gruppen von Beteiligten genannt (vgl. Walz et al. 2011: 27). Der Ansatz Partizipative Planung hat also ein ähnliches Ziel wie z.B. Gemeinwesenmediation (GWM)^{5 6}, auch wird GWM als Instrument der Bürgerbeteiligung und Stadtentwicklung eingesetzt (vgl. Becker/Riedel 2013: 426). Allerdings warnt Schulz (2004; zit.n. Becker/Riedel 2013: 426) davor, Mediation und administrativ organisierte Partizipation zu stark zu koppeln, da das „ursprüngliche partizipative Potential“ des bürgerschaftlichen Engagements „in der konkreten Konfliktbearbeitung“ abhanden kommen kann und die Mediation instrumentalisiert werden kann, da die Entscheidungsgewalt letztlich beim Staat liegt. Der Unterschied ist also, dass bei der

⁴ Siehe (Hinte 2001)

⁵ GWM zielt laut Schulz (2008: 86): „auf die Befähigung des Gemeinwesens ab, Konflikte im Gemeinwesen mit eigenen Ressourcen konstruktiv zu bearbeiten, oder andere Ressourcen, die zur konstruktiven Konfliktbearbeitung erforderlich sind, zu aktivieren oder zu organisieren.“

⁶ GWM ist eine Methode der Gemeinwesenarbeit. Eine Einführung in GWM findet sich bei (Becker/Riedel 2013).

Mediation der Aspekt der Selbstbefähigung des Gemeinwesens im Vordergrund steht (und die Menschen auch selbst eine Entscheidung fällen), während bei der partizipativen Stadtplanung, letztlich der Staat (in Form von Verwaltung oder Politik) das letzte Wort hat.

Im Hinblick auf die Konflikthaltung wird partizipative Stadtplanung häufig als „Frühwarnsystem“ für Konflikte gesehen, eine Haltung, wie sie auch bei den weniger konfliktorientierten Ansätzen der GWA zu finden ist. „Die Chancen der Partizipation liegen in der Nutzung lokalen Wissens, im frühzeitigen Erkennen von Konfliktpotenzialen, in der Stärkung der Legitimation und Akzeptanz von Planungen, der Verbesserung der Kommunikation zwischen allen Beteiligten, in dem Aufbau von Identifikation und sozialem Kapital sowie in der Stärkung der demokratischen Kompetenz.“ (Walz et al. 2011: 60) Konflikte sollen also möglichst früh erkannt und damit eine Konflikteskalation vermieden werden. Treten trotzdem Konflikte zwischen Personen innerhalb des Partizipationsverfahrens auf, ist das Ziel nicht deren Vermeidung, sondern die Gestaltung eines vermittelnden Dialogs mit dem Ziel einer Einigung (vgl. Walz et al. 2011: 178). Hierfür eignen sich Methoden wie die Gemeinwesenmediation oder Runde Tische, wobei nochmals auf die Gefahr des Abhandenkommens des eigentlichen partizipativen Potenzials dieser Methoden hingewiesen werden soll, wenn am Ende doch nicht durch die Partizipierenden selbst entschieden wird. Einer der größten Unterschiede zur (konfliktorientierten) GWA liegt auch in der „neutralen“ Haltung und der Beschränkung auf interpersonelle Konflikte durch partizipative Planung. Während das „Arbeitsprinzip GWA“ die Probleme in ihrem sozio-ökonomischen Kontext betrachtet, sowie die Parteilichkeit von GWA betont (vgl. Oelschlägel 2001: 65) und Community Organizing sogar zum „Krieg“ gegen soziale Ungerechtigkeit aufruft (vgl. Alinsky 1999: 122), sieht sich partizipative Planung mehr als neutrales Instrument zur konsensualen Aushandlung von Entscheidungen zwischen Personengruppen. Dazu sei kritisch angemerkt, dass Stövesand und Röh (2015: 10) betonen, dass, neben Konflikten zwischen Personen (interpersonelle Konflikte), weitere Konfliktpotenziale in Form von strukturellen Widersprüchen, Unvereinbarkeiten und Handlungsbeeinträchtigungen bestehen, und dass bei der Lösung und Entstehung sozialer Probleme sowie bei der Teilhabe und Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und Reichtum, immer auch asymmetrische Beziehungen, Machtungleichgewichte und ungleiche Ressourcenzugänge eine wichtige Rolle spielen. Diese gesellschaftlich-strukturellen Konflikte bleiben bei klassischer partizipativer Planung weitgehend ausgeblendet.

Andererseits betont Lüttringhaus (2000: 38), dass Demokratisierung, im Sinne einer Macht-Umverteilung von oben nach unten, ein maßgeblicher Anspruch von Partizipation sei. Dies lässt sich auch mit der Frage verknüpfen, ob Partizipation Konflikte nur (kurzzeitig) befrieden kann bzw. verdrängt oder ob Konflikte tiefergehend gelöst werden können. Entscheidend dafür sei der Grad an Partizipation. Um diesen bestimmen zu können, bedient sie sich zweier Modelle zur Bestimmung des Partizipationsgrades und verknüpft diese. Die Systematik von Wickrath (1992) betrachtet die Teilnahme durch die Bürger*innen, während das Stufenmodell von Arnstein (1972) die Teilhabegewährung durch den Staat (bzw. Behörden u. Verwaltung) systematisiert (vgl. Lüttringhaus 2000: 38 f.). Zusammen lassen sich die beiden Ansätze in folgendem Modell visualisieren:

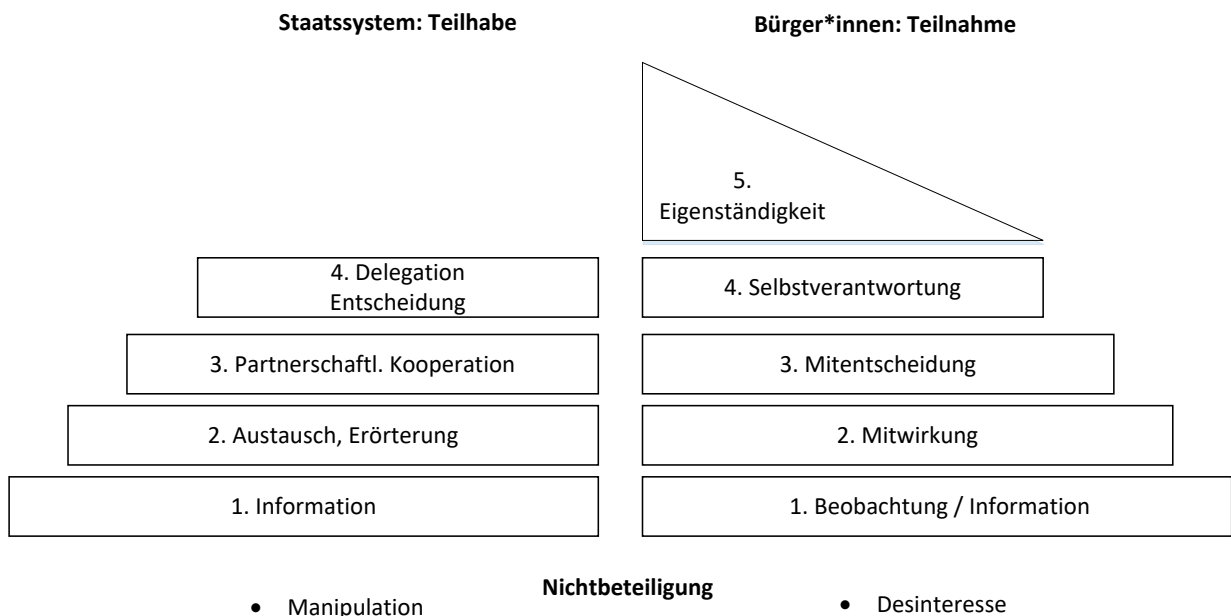


Abb. 5 Stufenmodell der Partizipation
Quelle: (Lüttringhaus 2000: 44)

Mit der Abstufung (auf der linken Seite) kann untersucht werden, inwieweit den Bürger*innen tatsächlich Einfluss durch den Staat gewährt wird. Im Falle des Esso-Häuser-Konflikts ist also auf dieser Seite zu betrachten, inwieweit den, durch das unabhängige Planungsbüro „PlanBude“ erarbeiteten, Partizipationsergebnissen tatsächlicher Einfluss auf das Ergebnis des Planungsverfahrens eingeräumt wurde. Auch gilt es zu analysieren, mit welcher Haltung den Partizipierenden begegnet wurde, also ob sie aktiv zur Beteiligung ermuntert wurden oder nicht. Die Teilnahme durch die Bürger*innen (Stufen rechte Seite) beginnt mit der

konsumierenden Beobachtung und steigert sich Schritt für Schritt bis hin zur vollständigen Eigenständigkeit. Aus dem Verhältnis der beiden voneinander abhängigen Elemente der Teilnahmegewährung und Förderung durch den Staat und der Teilnahme durch die Bürger*innen lässt sich in der Praxis der jeweilige Partizipationsgrad bestimmen (vgl. Lüttringhaus 2000: 44). Ein geringer Partizipationsgrad bedeutet häufig eine sogenannte „Scheinbeteiligung“, durch das Beteiligungsverfahren soll lediglich versucht werden, das entsprechende Projekt zu legitimieren. Ein hoher Partizipationsgrad hingegen ermöglicht eine tatsächliche Mitbestimmung (oder Entscheidung) von „unten nach oben“, es findet eine Demokratisierung der Entscheidungsfindung statt und Konflikte lassen sich zur Zufriedenheit der Teilnehmenden lösen.

4. Der Esso-Häuser-Konflikt

In diesem Kapitel soll sich mit dem Esso-Häuser-Konflikt und seiner Entwicklung in Folge von Eingreifen durch GWA und partizipative Planung (in Form der PlanBude) auseinandergesetzt werden. Im ersten Abschnitt wird eine Einführung in den Konflikt gegeben und es sollen die grundlegenden Konfliktkonstellationen offengelegt werden. Dabei gilt es zu klären, welche Akteure sich im Konflikt befinden, und wie diese miteinander in Verbindung stehen. Auch wird der Konflikt anhand der Konfliktdefinitionen aus Kapitel 1 analysiert und die Konfliktkonstruktionen werden nachgezeichnet. Anschließend werden im zweiten Abschnitt die Konfliktebenen betrachtet. Dabei geht es darum, welcher Akteur, wann, warum und wie versucht hat, den Konflikt zu lösen bzw. in den Konflikt einzugreifen. Dies geschieht unter Einbeziehung der in Kapitel 2 erläuterten Konflikthaltungen – und Bearbeitungsweisen der entsprechenden Akteure. Im dritten Abschnitt soll schließlich anhand von Glasls Eskalationsdynamik (siehe 2.2.) chronologisch die Dynamik des Konflikts nachvollzogen und nach entsprechenden Wendungen im Konflikt gesucht werden. Im letzten Abschnitt wird dann geprüft, ob das Eingreifen von GWA und partizipativer Planung (bzw. der PlanBude) in den Konflikt zu diesen möglichen Wendungen geführt hat, bzw. wie sich der Konflikt vor, mit und nach dem Planungsverfahren entwickelt hat.

4.1. Einführung in den Esso-Häuser-Konflikt

Der Esso-Häuser-Konflikt war ein Konflikt zwischen verschiedenen Akteuren des Stadtteils St. Pauli, der Stadt Hamburg und der Bayerischen Hausbau GmbH (BHG), welcher 2009 mit dem Kauf des Grundstückes durch ebendiese begann und im Mai 2018 mit dem Abschluss des Städtebaulichen Vertrags endete; was nicht heißen soll, dass es während der Realisierung nicht abermals zu Spannungen kommen kann. Grob lässt sich der Konflikt in drei chronologische Phasen⁷ unterteilen:

1. Phase: Vor der Evakuierung und dem Abriss (2009 - Ende 2013)

Hauptthemen für die Mieter*innen sind verschleppte Sanierung, und dadurch entstehende Mängel sowie Verhinderung eines Abrisses zum Zwecke einer sozialverträglichen Sanierung. Der Eigentümer möchte Abreißen und profitabel neu bauen.

2. Phase: Evakuierung und Abriss (Dezember 2013 - Juni 2014)

Der Konflikt hat seinen Höhepunkt erreicht, da nun (von einer Seite aus) Tatsachen geschaffen wurden (bzw. durch verschleppte Instandhaltung entstanden sind). Krisenintervention für die Mieter*innen, gleichzeitig Phase massivsten Protests.

3. Phase: Neubauplanung (Juli 2014 – Mai 2018)

Die PlanBude kommt ins Spiel. Sie hat das Ziel eines niedrigschwelligen, zugänglichen und kreativen Planungsprozesses. Konfliktthema ist nun eine Neubauplanung im Sinne der Bedarfe des Stadtteils gegenüber einer profitorientierten Neubauplanung.

⁷ Für eine umfassende Chronologie der Ereignisse siehe (Straßburger et al. 2014)

4.1.1. Analyse der Konfliktformationen

Nach Galtungs Annahmen zu grundlegenden Konfliktformationen handelt es sich beim Esso-Häuser-Konflikt um einen Konflikt vom Disput-Typus, also einen Konflikt bei dem sich mehrere (oder zwei) Akteure um das gleiche knappe Ziel/Gut streiten (siehe 2.1.1.1.). Weiter beschreibt er einen voll ausgeprägten Konflikt als triadisches Konstrukt (Konfliktdreieck siehe 2.1.1.2.). Es muss bei den Akteuren (erstens) ein unterschiedliches Verhalten (V) zueinander vorhanden sein und sie nehmen (zweitens) verschiedene Annahmen/Einstellungen/Haltungen (A) an. Da sich von Galtungs Theorie ableiten lässt, dass es sich eher um einen Akteurskonflikt, als um einen strukturellen Konflikt handelt (siehe 2.1.1.3.), ist davon auszugehen, dass diese latente Ebene, bestehend aus Annahmen (A) und Widerspruch (W), den Akteuren durchaus bewusst ist. Diese Annahmen und das Verhalten der Akteure sollen im nächsten Abschnitt genauer untersucht werden. Außerdem muss es drittens einen Widerspruch (W) geben, der sich nicht einfach so auflösen lässt. Dieser wird von Galtung (2007: 135) als „inkompatible Zielzustände in einem zielsuchenden System“ beschrieben. Auf den Esso-Häuser-Konflikt bezogen lässt sich eine klare Inkompatibilität der Ziele feststellen. Dem Interesse des Investors, der eine Neubebauung mit (längerfristigem) wirtschaftlichen Nutzen zum Ziel hat, stehen die Interessen der Mieter*innen-Initiative klar entgegen. Sie streben eine Erhaltung an (vor der Evakuierung), wollen Erhalt und Ausbau von günstigem Wohn- und Gewerberaum und eine Entwicklung des Projektes, orientiert an den Bedürfnissen der Bewohner*innen von St. Pauli. Dies ist mit dem Profitinteresse des Investors logischerweise nicht (oder nur bedingt) kompatibel.

Auch auf Glasls Konfliktdefinition lässt sich der Esso-Häuser-Konflikt beziehen, rufen wir uns diese nocheinmal in Erinnerung:

„Sozialer Konflikt ist eine Interaktion

- zwischen Aktoren (Individuen, Gruppen, Organisationen usw.),
- wobei wenigstens ein Akteur
- eine Differenz bzw. Unvereinbarkeiten
im Wahrnehmen
und im Denken bzw. Vorstellen
und im Fühlen
und im Wollen
- mit dem anderen Akteur (den anderen Aktoren) in der Art erlebt,
- dass beim Verwirklichen dessen,
was der Akteur denkt, fühlt oder will eine Beeinträchtigung
- durch einen anderen Akteur (die anderen Aktoren) erfolge.“ (Glasl 2013: 17)

Es muss also eine Interaktion zwischen Akteuren bestehen, in unserem Fall nehmen wir wieder die Initiative Esso-Häuser und die BHG. Interaktionen fanden dort auf jeden Fall statt, bspw. hat die Initiative die BHG mehrmals angezeigt, es wurde ein Runder Tisch gefordert etc. Weiter müssen zwischen diesen Akteuren Unvereinbarkeiten bestehen, diese sollen beispielhaft aufgezeigt werden:

Im Wahrnehmen: Die Initiative wirft der BHG vor, den Zustand der ESSO-Häuser, welcher zur Evakuierung geführt hat, in Kauf genommen zu haben, um teurer, größer und profitträchtiger neu bauen zu können (vgl. Initiative Esso-Häuser 2013a). Die BHG hingegen bezeichnet diese Vorwürfe als „haltlos“, sie arbeite mit Hochdruck an einer Lösung für die Mieter*innen und habe instandgehalten, was in standzuhalten war (vgl. Bayerische Hausbau GmbH 2013).

Im Vorstellen: Die Vorstellungen von BHG und Initiative gehen klar auseinander. Die BHG stellt sich ein Großbauprojekt mit wirtschaftlichem Nutzen vor, die Initiative stellt sich eine Lösung vor, bei der die Wünsche und Bedarfe der Bewohner*innen des Stadtteils umgesetzt werden.

Im Fühlen: Es ist schwer festzustellen, was eine Organisation bzw. Gruppe fühlt, gerade wenn sie sich, wie die BHG, dazu nicht äußert. Von der Initiative lässt sich auf jeden Fall sagen, dass sie die Esso-Häuser im Kontext eines allgemeinen Aufwertungsdruckes auf St. Pauli und der insgesamt geführten Gentrifizierungsdebatte sieht, und dem Bauprojekt, als einem der größten auf St. Pauli, entsprechende Wichtigkeit in dieser Debatte einräumt. Es stellt sich die Frage, ob weiter an den Profitinteressen der Immobilienwirtschaft orientierte Stadtentwicklung stattfindet oder ob diese an den Bedürfnissen der Menschen vor Ort orientiert ist. Individuell herrscht natürlich auch eine entsprechende Betroffenheit bei den Mieter*innen, „Opfer“ ebendieser profitorientierten Stadtentwicklung zu sein.

Im Wollen: Die Initiative und die BHG wollen klar etwas Unterschiedliches. Dem wirtschaftlichen Interesse des Investors stehen die Interessen der Mieter*innen-Initiative klar entgegen (s.o.).

Es zeigt sich also, dass in diesen jeweiligen Punkten durchaus eine Beeinträchtigung des einen Akteurs durch den anderen erlebt wird. Der Esso-Häuser-Konflikt ist also, entsprechend aufgegliedert, als ein umfänglicher sozialer Konflikt nach Glasl zu verstehen.

4.1.2. Konstellation der Konfliktakteure

Um die Konstellation des Konflikts verstehen zu können, ist es entsprechend notwendig, möglichst alle beteiligten Konfliktakteure zu erfassen und ihre Einstellungen (A), sowie ihr Verhalten (V) darzulegen. Der direkteste Widerspruch im Konflikt zeigt sich zwischen der Initiative Esso Häuser und dem Investor, der Bayerischen Hausbau:

Initiative Esso-Häuser

Die Initiative Esso-Häuser ist eine von den Mieter*innen der Esso-Häuser, mit Unterstützung der GWA St. Pauli, gegründete Initiative. Sie setzt sich klar für die Interessen der Mieter*innen ein und kann daher als direkter Gegenspieler des Investors, der Bayerischen Hausbau GmbH, gesehen werden, welcher ein wirtschaftliches Interesse verfolgt.

Einstellungen/Haltungen⁸

- Kein Abriss der ESSO-Häuser!
- Erhalt und Ausbau von günstigem Wohn- und Gewerberaum.
- Unbefristete Mietverträge für alle MieterInnen in den „Esso-Häusern“.
- Langfristige günstige Mietverträge für Gewerbetreibende.
- Intelligente, kreative Lösung unter Wahrung des Bestands.
- Eine Politik, die sich an den Bedürfnissen der Menschen auf St. Pauli orientiert und nicht an den Profitinteressen der Immobilienwirtschaft.

Verhalten/Handeln

- Entwicklung eines alternativen Konzepts, welches die Optionen des Erhalts vorsieht mithilfe von Expert*innen.
- Vorerst Verhandlungsbereitschaft: Forderung nach einem Runden Tisch mit Initiative, Politik und Investor.
- Durchführung von Aktionen und Kampagnen, um den Forderungen nach Erhalt der Häusers und eines Runden Tisches Nachdruck zu verleihen und den Druck auf die Politik zu erhöhen.
- Anzeigen gegen BHG wegen Wohnungsleerstandes.

⁸ Siehe (Initiative Esso-Häuser 2010)

- Gewinnung von Bündnispartner*innen und Unterstützer*innen. Betritt zum „Recht auf Stadt Netzwerk“ und Engagement im „Bündnis S.O.S. St. Pauli“.
- Initiierung von und Beteiligung an mehreren Demonstrationen und Aktionen zu stadtpolitischen Themen.
- Bei der Neubauplanung: Einsatz für einen Planungsprozess „von unten“ im Interesse der Mieter*innen. Weitere kritische Beobachtung der Neubauplanung.

Bayerische Hausbau GmbH (BHG)

Die Bayerische Hausbau GmbH ist seit 2009 Eigentümer des Esso-Häuser-Areals am Spielbudenplatz. Mit der Übernahme des Areals durch die BHG, vom vorherigen Besitzer Jürgen Schütze, begann der eigentliche Konflikt um die Esso-Häuser, auch wenn es schon vorher einige Probleme aufgrund von verschleppter Instandhaltung gab. Die BHG kann im Konflikt als Gegenspieler zur Initiative Esso-Häuser gesehen werden, da sich diese beiden Akteure direkt um den Widerspruch des Konflikts streiten.

Einstellungen/Haltungen

- Primäres Anliegen ist eine wirtschaftliche Nutzung des Areals.
- Vor der Evakuierung: Die BHG möchte die Esso-Häuser entsprechend abreißen und neu bauen, da sich ihrer Meinung nach eine Sanierung nicht lohnt.
- Einem Runden Tisch mit Initiative und Politik, bei dem über eine mögliche Instandhaltung verhandelt werden soll, entzieht sich die BHG.
- Nach dem Abriss: Die BHG zeigt sich einem breit angelegten Beteiligungsverfahren gegenüber kompromissbereit.

Verhalten:

- Nach der Übernahme: Mieter*innen mit befristetem Vertrag sollen einen neuen Mietvertrag unterschreiben oder ausziehen. Jedoch findet dies nicht statt, da der alte Vertrag unrechtmäßig befristet war.
- BHG verkündet im Herbst 2010, abreißen und neu bauen zu wollen.
- Einem Runden Tisch mit Initiative und Stadt verweigert sich die BHG zunächst.
- Anfang 2011: BHG legt eigenes Gutachten vor, Erhalt sei nicht wirtschaftlich.

- Instandhaltung wird von der BHG weiter verschleppt, einige Wohnungen werden entmietet.
- August 2013: Die BHG gibt bekannt, dass ein Abrissantrag für die Esso-Häuser gestellt ist. Gleichzeitig macht sie Mieter*innen Zugeständnisse bzgl. eines Rückkehrrechts.
- September 2013: Gewerbetreibende werden von der BHG gekündigt.
- Zugeständnisse will die BHG nur unter den von ihr geforderten Konditionen machen (Eigentumswohnungen). Vorwürfe der Initiative werden für haltlos erklärt⁹.
- Dezember 2013: Evakuierung der Esso-Häuser wegen unsicherer Statik; anschließend Abriss durch die BHG.
- BHG beauftragt steg Hamburg damit, Ersatzwohnungen für die Mieter*innen zu organisieren.
- Neubauplanung ab 2014: BHG erklärt sich bereit PlanBude, mitzufinanzieren.
- Mai 2015: Erste Einigungen zwischen BHG, PlanBude und Stadt bzgl. städtebaulichem Wettbewerb.
- Mai 2018: BHG zeigt sich zufrieden mit den aus dem Planungsverfahren ausgehandelten Ergebnissen, betont jedoch auch, dass dies kein Maßstab für zukünftige Stadtentwicklungsprojekte sein könne, da der Prozess zu langwierig sei und damit Planungs- und Rechtssicherheit für unternehmerische Projektentwicklung fehle (vgl. Bayerische Hausbau GmbH 2018).

PlanBude

Den dritten „Hauptakteur“ im Konflikt (nach dem Abriss) stellt die PlanBude dar, da sie neben Investor und Politik maßgeblich an den Verhandlungen um die Neubauplanung beteiligt war. Auf Vorschlag der Plattform „St. Pauli selber machen“ und verschiedener Arbeitsgruppen der Stadtteilversammlung wird das Konzept der PlanBude im April 2014 der Stadt vorgestellt, als Möglichkeit eines partizipatorischen Planungsprozesses, der die Ideen und Wünsche aus dem Stadtteil verbindlich mit einbezieht. Dabei soll dieser Planungsprozess bereits vor dem eigentlichen städtebaulichen Wettbewerb zum Tragen kommen, da bereits auf dieser

⁹ Siehe (Bayerische Hausbau GmbH 2013)

Planungsstufe wichtige Stellschrauben gesetzt werden. D. h. die Ergebnisse aus der PlanBude sollen bereits maßgeblich in den Auslobungstext mit einfließen (vgl. St. Pauli selber machen/Initiative Esso Häuser/SOS St. Pauli 2014). Die Stadt zeigt sich der Idee gegenüber aufgeschlossen und das bezirkliche Baudezernat (Mitte) erteilt der PlanBude im Juli 2014 offiziell den Auftrag, die Beteiligung zur Neuplanung der ESSO-Häuser zu organisieren (vgl. PlanBude 2014a). Dabei kooperiert die Planbude mit der GWA St. Pauli.

Einstellungen/Haltungen¹⁰

- PlanBude schlägt einen innovativen, von Grund auf anderen Planungsprozess für die ESSO-Häuser vor: zugänglich, modellhaft, demokratisch, ergebnisoffen, breitgefächert, vor Ort organisiert.
- PlanBude wird ergebnisoffen an die Planung herangehen.
- Die PlanBude braucht Autonomie in der Durchführung des Beteiligungsverfahrens.
- Die Schwelle zur Teilnahme soll möglichst niedrig sein, damit sich alle Personengruppen beteiligen und ihr Wissen in den Planungsprozess einbringen können.
- PlanBude ist *nicht* die politische Interessenvertretung der Bewohner*innen (das sind Initiative Esso-Häuser und S.O.S. St. Pauli). PlanBude agiert aber auch nicht als meinungslose Vermittlerin (vgl. PlanBude 2014b).

Verhalten¹⁰:

- Die PlanBude ist physisch am Ort des Geschehens; untergebracht in einem Container vor der Baustelle, dient sie als zentraler Anlaufpunkt für die Entwicklung von Ideen und Wünschen.
- PlanBude informiert, berät, motiviert, inspiriert, hört zu, sammelt, unterstützt, visualisiert, interpretiert, stellt aus und präsentiert.
- PlanBude spitzt Ideen zu, entwickelt Varianten, stimmt diese mit dem Stadtteil ab, und präsentiert am Ende einen (Roh-)Entwurf des Stadtteils als Basis für die Auslobung des architektonischen Wettbewerbs.

¹⁰ Siehe (PlanBude 2014b)

GWA St. Pauli

Vor dem Abriss hat die GWA St. Pauli maßgeblich in den Konflikt, parteiisch für die Interessen der Bewohner*innen, eingegriffen. Auch bei der Evakuierung und der Neubauplanung blieb sie ein wichtiger Akteur.

Die GWA St. Pauli ist eine gemeinwesenarbeiterisch tätige Institution im Stadtteil St. Pauli. Innerhalb der GWA St. Pauli existiert der Fachbereich „Stadtteilarbeit“ welcher sich intensiv mit dem Esso-Häuser-Konflikt auseinandergesetzt hat.

Einstellungen/Haltungen

- Professionelle Haltung orientiert am „Arbeitsprinzip GWA“ und Ansätzen des Community Organizing.
- Parteilichkeit für die Interessen der Bewohner*innen (der Esso Häuser).
- Blick auf Zusammenhänge von Problemen mit gesellschaftlichen Strukturen und Rahmenbedingungen.
- Ziel der Veränderung von benachteiligenden Strukturen.
- Ermutigung und Unterstützung der Bewohner*innen von St. Pauli zur Organisation im Sinne einer kollektiven Interessensvertretung.

Verhalten/Handeln

- Direkter Kontakt mit den Mieter*innen der Esso Häuser, Erfragen von Bedarfen durch „Aktivierende Befragung“.
- Kontakt halten zu Bewohner*innen, die nicht, oder nur partiell in der Initiative organisiert waren; Anschlussstellen für ein Engagement in der Initiative ermitteln oder herstellen.
- Vermittlung von rechtlicher Beratung für die Mieter*innen durch Verein „Mieterhelfen Mietern.“
- Unterstützung der Mieter*innen beim Durchsetzen von Mieter*innen-Interessen (Mängel usw.).
- Einrichtung von Mieter*innen-Sprechstunde in direkter Nachbarschaft.
- Organisatorische Begleitung der Initiative durch die GWA.
- Logistische und planerische Unterstützung von Protesten und Kampagnen zum Zwecke der Schaffung von Öffentlichkeit.

- Organisation von Stadtteilversammlungen: Daraus Gründung von „St Pauli selber machen“, welche sich für Strukturen der Selbstverwaltung und der direkten Teilhabe auf St. Pauli einsetzt.
- Bei der Evakuierung der Häuser: sozialarbeiterische Krisenintervention für die Mieter*innen.
- Bei der Neubauplanung: (personelle) Unterstützung der PlanBude, „aktivierende Befragung“ der Bewohner*innen des Viertels im Rahmen der Beteiligung.
- Produktion des kritischen Films „buy buy St. Pauli“.

Mieter*innen Esso-Häuser

Direkt unterstützt von der GWA St. Pauli wurden die Mieter*innen der Esso-Häuser (welche daraufhin die Initiative Esso-Häuser gründeten) und die Bewohner*innen des Stadtteils St. Pauli. Die Mieter*innen der Esso-Häuser sind die Menschen, die oft schon viele Jahre in den Esso-Häusern gelebt haben und einen Mietvertrag mit dem Vorbesitzer der Esso-Häuser, Jürgen Schultze, besaßen. Sie sind die Hauptbetroffenen von Mängeln, plötzlicher Evakuierung und einem möglichen Rückkehrrecht zu gleichen Konditionen.

Einstellungen/Haltungen

- Unterschiedliche Haltungen von passiv bis hin zu Organisation in der Initiative und Protest.
- Das Zusammenleben war geprägt durch eine ambivalente Mischung sowohl aus Toleranz, nachbarschaftlichen Netzwerken, Hilfen und familiären Strukturen, als auch Anonymität (vgl. Jörg/Röthig 2014).
- Aktivierende Befragung der GWA St. Pauli fängt Stimmung ein; es besteht der Wunsch sich zusammenzuschließen.

Verhalten/Handeln

- Gründung der Initiative Esso-Häuser durch aktive Mieter*innen.
- Beteiligung an Protest durch Mieter*innen.
- Beteiligung an der Neubauplanung im Rahmen der PlanBude.

Bewohner*innen St. Pauli

Hier sind die aktiven Bewohner*innen des Stadtteils St. Pauli gemeint. Diese haben sich in der Plattform „St. Pauli selber machen“ sowie dem Bündnis „S.O.S. St. Pauli“ organisiert und halten regelmäßig Stadtteilversammlungen und Treffen ab, um (stadtteil-)politische Themen zu besprechen und Lösungen zu erarbeiten.

Einstellungen/Haltungen

Forderungen St. Pauli selber machen¹¹:

- Verhinderung von Verdrängung und Kommerzialisierung.
- Eigenes Entwickeln von Ideen von Stadt.
- Der Stadtteil soll von seinen Bewohner*innen selbst bestimmt und gestaltet werden.
- St. Pauli soll Widersprüchlichkeit, Unterschiedlichkeit und Kleinteiligkeit des Stadtteils bedeuten (vgl. St. Pauli selber machen).

“Ballsaal-Resolution“ der Stadtteilversammlung St. Pauli bzgl. der Esso-Häuser¹²:

- Allen Wohnungsmieter*innen wird ein Rückkehrrecht zu den jetzigen oder besseren Bedingungen garantiert.
- Allen Gewerbemieter*innen wird eine Rückkehr mit langfristigen Mietverträgen zu den bisherigen Mieten garantiert.
- Auf dem Gelände werden ausschließlich Sozialwohnungen gebaut. Eine öffentlich-genossenschaftliche Lösung muss angestrebt werden, um bezahlbaren Wohnungsbestand dauerhaft abzusichern. Genau daran fehlt es auf St. Pauli und in der Stadt.
- Es gibt einen von unten organisierten, demokratischen Planungsprozess. St. Pauli hat längst gezeigt, dass das lokale Knowhow interessante, soziale städtebauliche Lösungen entwickeln kann, die der hervorgehobenen Bedeutung des Geländes am Spielbudenplatz gerecht werden.

¹¹ Siehe (St. Pauli selber machen)

¹² Siehe (S.O.S. St. Pauli 2014)

- Sollte die Bayerische Hausbau sich nicht an diese Grundsätze halten, muss ihr das Grundstück entzogen werden.

Verhalten/Handeln

- Unterstützung von Kampagnen und Protest der Initiative Esso-Häuser.
- Einbringung der Idee „PlanBude“.
- Veröffentlichung von Stellungnahmen, Resolutionen und Unterschriften-Kampagnen im Sinne einer gemeinwohlorientierten Entwicklung.

Stadt Hamburg

Die Stadt Hamburg stellt eigentlich nicht nur einen einzelnen Akteur dar, sondern setzt sich aus mehreren in dem Konflikt handelnden Institutionen zusammen. Planungshoheit über das Projekt besitzt die Bezirksverwaltung Hamburg-Mitte, diese wird personell vom damaligen Bezirksamtsleiter Andy Grote repräsentiert, welcher sich in dem Konflikt stark engagiert hat. Dazu kommen die Fachbehörden wie die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen und das Baudezernat Hamburg-Mitte. Auf der politischen Ebene kommt die Kommunalpolitik in Form der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte und ihrer Ausschüsse dazu.

Einstellungen/Haltungen

- Aufgrund der Zusammensetzung der Akteure sehr unterschiedlich.
- Behörden sind für den formellen Teil zuständig.
- Politik stellt sich hinter die BHG beim Thema Abriss (vgl. Initiative Esso-Häuser 2011) fordert jedoch später auch 50% Sozialwohnungen im Neubau (vgl. Kaiser 2014).
- Andy Grote versucht im Konflikt zu schlichten (vgl. Kaiser 2014), sonst verhält er sich neutral. Später stellt er sich deutlich hinter das Beteiligungsverfahren im Rahmen der PlanBude und spricht von einer „Riesenchance für St. Pauli“ (Füllner 2014).

Verhalten/Handeln

- Der Bezirk Hamburg-Mitte beauftragt die PlanBude mit dem Partizipationsverfahren zur Neubauplanung und finanziert das Projekt zum Teil.
- Der Bezirk leitet das Planverfahren und alle formellen Schritte.
- Die Politik (Bezirksversammlung Mitte) beschließt den neuen Bebauungsplan für das Areal.
- Der Bezirk handelt zusammen mit PlanBude und BHG den Auslobungstext und den städtebaulichen Vertrag aus.
- Andy Grote (Bezirksamtsleiter Mitte) steht im Austausch mit den verschiedenen Konfliktakteuren und gibt Stellungnahmen ab.

Die zwei Hauptkontrahenten im Konflikt, die BHG und die Initiative Esso-Häuser, deren Interessen sich direkt gegenseitig im Wege stehen, werden von unterschiedlicher Seite unterstützt. Unterstützend für die Initiative wirken die Bewohner*innen St. Paulis bzw. deren Stadtteilversammlungen und professionell, parteilich die GWA St. Pauli. Nach dem Abriss greift, auf Vorschlag von „St. Pauli selber machen“ und Initiative, die PlanBude in den Konflikt ein. Sie übernimmt ergebnisoffen den Partizipationsprozess zur Neubauplanung, stellt jedoch den Anspruch an sich, die Bedürfnisse und Wünsche der Bewohner*innen in die Neubauplanung mit einzubringen. Hoheit über den gesamten Prozess hat der Bezirk Mitte, der Bezirksamtsleiter steht im Austausch mit den verschiedenen Akteuren. Die folgende Abbildung stellt diese relativ komplexe Konstellation dar, vereinfacht auf die wichtigsten Aspekte in den Einstellungen und im Verhalten der Akteure:

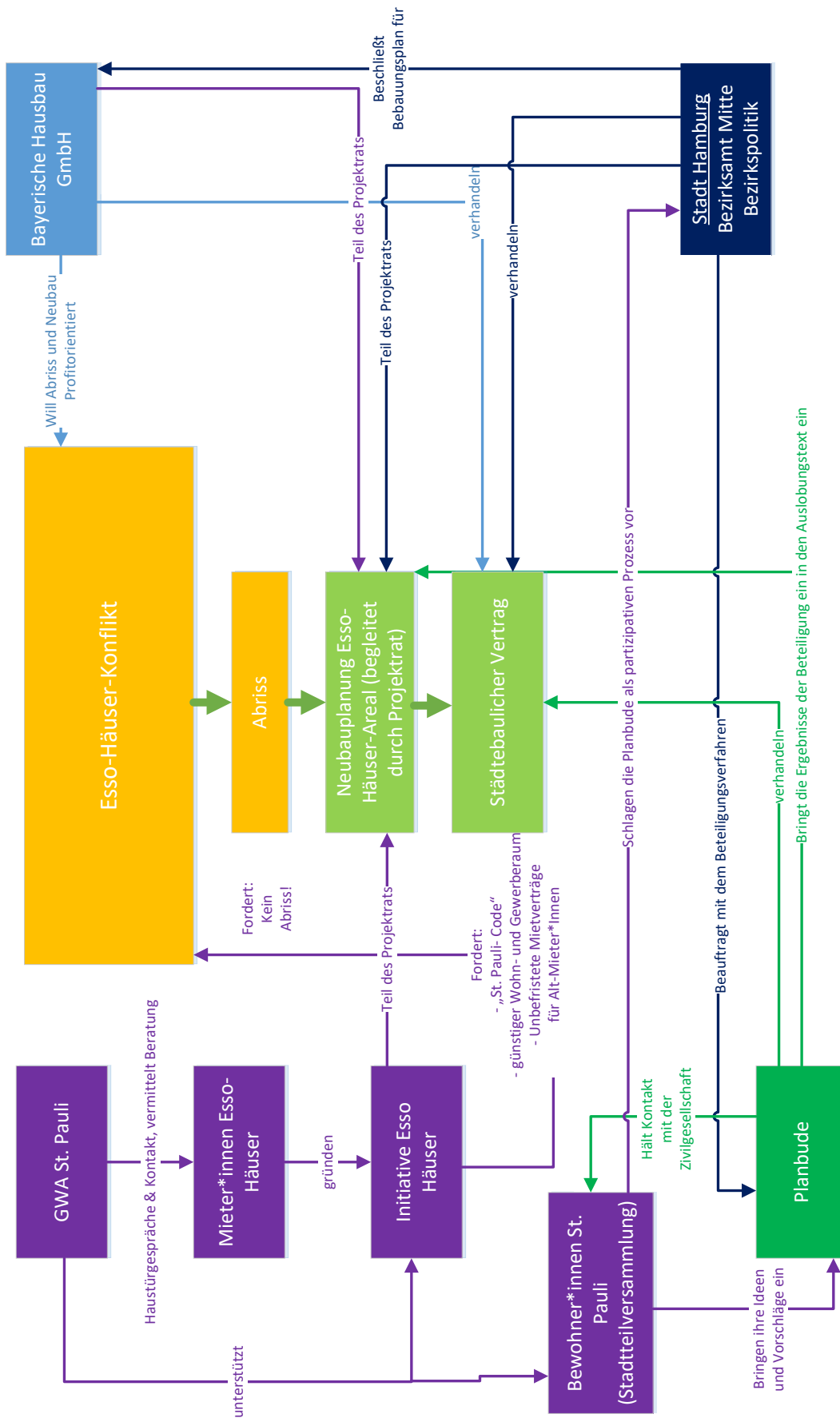


Abb. 6 Konstellation des Esso-Häuser-Konflikts
Eigene Darstellung

4.2. Konfliktebenen: Welcher Akteur hat wann, wie, warum in den Konflikt eingegriffen?

Nachdem eine Übersicht der Akteure des Konflikts gegeben und ihre Konstellation grafisch dargestellt wurde, sollen nun die Ebenen des Eingreifens in den Konflikt betrachtet werden. Dies bedeutet nachzuvollziehen, wann, wie und warum, welcher Akteur in den Konflikt eingegriffen hat. Dabei stehen die in dieser Arbeit behandelten Akteure, die GWA St. Pauli und die PlanBude im Mittelpunkt.

4.2.1. Eingreifen der GWA St. Pauli

Wann hat die GWA St. Pauli in den Konflikt eingegriffen?

Das direkte, gemeinwesenarbeiterische Eingreifen der GWA St. Pauli (im Folgenden GWA genannt) erstreckt sich besonders auf den Zeitraum bis zur Neubauplanung, anschließend war die GWA jedoch weiterhin (personell) unterstützend und kooperierend mit der PlanBude tätig. Ihr Handeln begann schon kurze Zeit nach dem Kauf der Esso-Häuser durch die BHG. Mieter*innen mit befristeten Mietverträgen erhielten von der BHG die Aufforderung, neue Mietverträge mit Befristung zu unterschreiben. Diese Unterzeichnung hätte eine Minderung ihrer Mietrechte bedeutet (vgl. Jörg/Röthig 2014). Die GWA wurde über diesen Vorgang informiert und es wurde schnellstmöglich eine gemeinsame Informationsveranstaltung für alle Mieter*innen einberufen.

Wie hat die GWA St. Pauli in den Konflikt eingegriffen und auf welcher Ebene?

Im Abschnitt 3.1.2. wurde bereits stichwortartig das Verhalten der GWA im Konflikt zusammengefasst. An dieser Stelle soll nun noch einmal genauer ausgeführt werden, welche Schritte von der GWA unternommen wurden, und welche anderen Akteure dadurch unterstützt wurden.

Zu Beginn des Konflikts, kurz nach der ersten Mieter*innenversammlung, führte die GWA eine Aktivierende Befragung¹³ in den Esso-Häusern durch, mit dem Ziel, direkten Kontakt zu den Mieter*innen aufzubauen und die Stimmung in den Häusern zu erfassen, die Ängste, Befürchtungen, aber auch die Bedarfe, sowie Interessen und Ressourcen zu erfahren (vgl.

¹³ Eine Einführung in die Methode der Aktivierenden Befragung findet sich bei (Stoik 2009).

Jörg/Röthig 2014). Es kristallisierte sich der Wunsch heraus, sich zusammenzuschließen. Daraufhin wurde mit organisatorischer Unterstützung der GWA die „Initiative Esso-Häuser“ geboren, ein Zusammenschluss von Bewohner*innen, Gewerbetreibenden und Nachbar*innen. Die GWA begleitete die Initiative organisatorisch, brachte ihr fachliches Knowhow, Kontinuität und Verbindlichkeit ein. Durch ihre Etablierung im Stadtteil besteht Kontakt der GWA zu relevanten Akteuren, sowohl der Presse, als auch zu Vernetzungsstrukturen wie z.B. der „Recht auf Stadt Bewegung“. Sie begleitete aus einer parteilichen Perspektive die Aushandlung des Konflikts zwischen Initiative, Politik und Verwaltung sowie dem Eigentümer (vgl. Jörg/Röthig 2014). Die parteiliche Perspektive und der Aufbau von „Gegenmacht“ stellt dabei einen wichtigen Aspekt professioneller GWA entsprechend den Ansätzen des Community Organizing und dem „Arbeitsprinzip GWA“ (siehe 3.1.) dar:

„Auseinandersetzungen, die mit Verwaltung, Politik und wirtschaftlichen Interessenvertreter/innen geführt werden, implizieren häufig eine ungleich hierarchisierte Verhandlungsposition zu Ungunsten der Bewohner/innen. Die Parteilichkeit der GWA wird dahingehend begründet, Menschen, die über geringerer Einflussmöglichkeiten und begrenztes Machtpotential verfügen, zu unterstützen, in eine gleichwertige Verhandlungsposition zu treten und ihre Interessen geltend zu machen.“ (Jörg/Röthig 2014)

Ziel des Ganzen war es, in dem Konflikt die Artikulations- und Gestaltungsmacht der Initiative Esso-Häuser zu erweitern. Dies beinhaltete Strategien der Einflussnahme und der Einmischung zu konzipieren und die Partizipation der Bewohner*innen zu erwirken (vgl. Jörg/Röthig 2014), z.B. wurde versucht einen Runden Tisch mit Investor, Bezirk und Initiative zu erreichen, dies scheiterte jedoch vorerst am Investor. Dazu beigetragen hat sicherlich auch der kritische Dokumentarfilm „buy buy St. Pauli“ (Bude/Sobczak/Jörg 2014), der mit personeller Unterstützung der GWA St. Pauli produziert worden ist. Insgesamt ist das Handeln der GWA stark an dem Ablauf eines CO (siehe 3.1.) orientiert: Zuerst fanden persönliche Gespräche mit den Mieter*innen statt, dann wurden Versammlungen abgehalten und Nachforschungen angestellt, anschließend kam es zu direkten Gesprächen mit der Gegenseite und, als diese verweigert wurden, zu Protestaktionen. Am Ende fand Reflexion und weiterer Organisationsaufbau statt.

Neben diesem CO-orientierten Eingreifen der GWA St. Pauli auf Seiten der Bewohner*innen, wurde auch Direkthilfe für die Betroffenen geleistet. So wurde rechtliche Beratung für die Mieter*innen in Kooperation mit den Anwäl*innen des Vereins „Mieter- helfen Mietern“ organisiert, die Mieter*innen beim Durchsetzen von Mieter*innen-Interessen gegenüber der

BHG unterstützt (Mängelanzeigen), und es wurde eine Mieter*innen-Sprechstunde in direkter Nachbarschaft eingerichtet. Nach der Evakuierung der Häuser gab es eine sozialarbeiterische Krisenintervention für die Mieter*innen durch die GWA.

Warum hat die GWA St. Pauli in den Konflikt eingegriffen?

Rufen wir uns noch einmal das Zitat von Oelschlägel (1980: 180) in Erinnerung: „Ausgangspunkte für GWA sind meist soziale Konflikte [...]“. Der Konflikt ist also sozusagen Grundlage für die Gemeinwesenarbeit, oder wie Stock (2015: 69) sagen würde, Konflikte sind der GWA inhärent. Schauen wir dazu auf die Selbstdarstellung des Arbeitsbereiches „Stadtteilarbeit“ der GWA St. Pauli:

„Im Bereich Stadtteilarbeit setzen wir uns kritisch mit den aktuellen Entwicklungen im Viertel auseinander. Dabei geht es uns vor allem darum, die Bedarfe der im Stadtteil lebenden Menschen sichtbar zu machen und den BewohnerInnen des Stadtteils (vor allem den benachteiligten Gruppen) Gehör zu verschaffen. Mit unserer Arbeit orientieren wir uns an den Belangen der Bevölkerung und aktivieren diese, sich für die Verbesserung ihrer Lebenslagen einzusetzen. Unserer Ansicht nach haben individuelle Probleme immer einen Zusammenhang mit gesellschaftlichen Strukturen und Rahmenbedingungen. Auf die Veränderung dieser Strukturen zielt unserer Arbeit ab, daher thematisieren wir die Interessen der Stadtteilbevölkerung auch in und mit Politik und Verwaltung. Wir fördern Eigeninitiative und Selbstorganisation, vernetzen Einzelne und Gruppen im Stadtteil untereinander, verstehen uns als Moderatorin von Dialogen (Konflikten) und initiieren z.B. Mieterinitiativen, Demonstrationen oder Stadtteilstefte.“ (GWA St.Pauli e.V.)

Vergleicht man die Selbstbeschreibung der GWA St. Pauli mit dem „Arbeitsprinzip GWA“ (siehe 3.1.), als Maßstab professioneller Gemeinwesenarbeit, so lassen sich fast alle Aspekte wiederfinden:

- Das von Oelschlägel formulierte Ziel, der Aktivierung (der Eigenkräfte der Stadtteilbevölkerung), findet sich eins zu eins wieder.
- Die GWA St. Pauli bezieht Stellung für die Interessen der Bewohner*innen des Stadtteils, ist also parteiisch, die „Aufgabe der Scheinneutralität“ wird von Oelschlägel als weiteres professionelles Merkmal beschrieben.
- Auch die Beachtung und das Ziel der Veränderung gesellschaftlicher Strukturen und Rahmenbedingungen finden sich wieder (historischer und gesellschaftlicher Kontext). An diesem Punkt lässt sich auch eine Konflikthaftigkeit der GWA St. Pauli festmachen, denn solche Veränderungen von Strukturen werden zwangsweise über Konflikte herbeigeführt bzw. beinhalten sie (siehe 3.1).

- Die GWA St. Pauli deckt insgesamt alle drei Formen des „Arbeitsprinzips GWA“ ab, der Bereich Stadtteilarbeit bezieht sich jedoch auf territoriale und funktionale GWA. Dies zeigt sich auch an den entsprechenden Arbeitsmitteln. So initiiert und unterstützt die GWA St. Pauli zum Beispiel Mieter*innen- und Stadtteilinitiativen/Versammlungen, sie organisiert Stadtteilstadtteilparteien, unterstützt bei der Herausgabe einer Stadtteilzeitung und führt Aktivierende Befragungen durch.
- Auch lassen sich Elemente des aggressiven Ansatzes des Community Organizing (CO) finden. So werden von der GWA kollektive Interessenvertretung und Handlungsformen gefördert, um durch den Zusammenschluss Öffentlichkeit zu erhalten, Druck auf Entscheidungsträger*innen aufzubauen und Verbesserungen zu erwirken (vgl. Jörg/Röthig 2014).

Es lässt sich feststellen, dass die GWA St. Pauli am „Arbeitsprinzip GWA“ orientiert ist, sowie Ansätze des Community Organizing in die Arbeit einfließen. Entsprechend dieser (eher) konfliktorientierten Ansätze (siehe 3.1.), ist es Teil ihrer Professionalität, Konflikte nicht zu verdrängen oder zu befrieden, sondern entsprechend parteilich einzugreifen. Dabei sollte nicht vergessen werden, dass Konflikte nicht als etwas rein Negatives zu betrachten sind, sondern Ambivalenz aufweisen, entsprechend also auch zur einer konstruktiven Entwicklung führen können (siehe Galtung 2.1.1.1.).

4.2.2. Eingreifen der PlanBude

Wann hat die PlanBude in den Konflikt eingegriffen?

Mit der Evakuierung der Häuser im Dezember 2013 und dem zügig folgenden Abriss im Februar 2014, ist der Traum der Initiative Esso-Häuser von einer sozialverträglichen Sanierung dahin. Aus dem Stadtteil wird der Ruf nach einem von unten organisierten, demokratischen Planungsprozess laut. Im April 2014 stellen die Initiative Esso-Häuser und Aktive von „St. Pauli selber machen“ auf dem Spielbudenplatz die PlanBude vor und fordern die Politik auf, das Beteiligungsprojekt umzusetzen. Die Idee dazu ist im Zuge der Stadtteilversammlung im Februar entstanden. Ein multiprofessionelles Team (s.u.) soll den Beteiligungsprozess organisieren. Alle sollen gemeinsam planen können, was auf dem Gelände neu entstehen soll (vgl. Straßburger et al. 2014). Es kommt zu weiteren Verhandlungen mit dem Bezirk. Mit Erfolg: Am 22. Juli 2014 stellen PlanBude und der Bezirk das Beteiligungskonzept offiziell vor.

Nach kleineren Verzögerungen öffnet die PlanBude, in Form eines Containers direkt an der Baustelle, am 26. Oktober 2014.

Wie hat die PlanBude in den Konflikt eingegriffen?

Die Hauptaufgabe der PlanBude lag darin, Ideen zu sammeln, daraus Varianten zu entwickeln, diese mit dem Stadtteil abzustimmen, und am Ende einen (Roh)Entwurf der Neubauplanung vorzustellen, als Basis für die Auslobung des architektonischen Wettbewerbs (vgl. PlanBude 2014b). Die PlanBude arbeitet im Auftrag des bezirklichen Baudezernats, agiert jedoch unabhängig (vertraglich zugesichert) und ergebnisoffen. Im Unterschied zur GWA St. Pauli sieht sich die PlanBude jedoch nicht als politische Interessenvertretung der Bewohner*innen. Damit entspräche die PlanBude zumindest teilweise der „typischen“ Konflikthaltung in der partizipativen Stadtplanung (von nun an Planung genannt), in der eine „Neutralität“ der Planung angestrebt wird (siehe 3.2.). Andererseits betont die PlanBude aber auch ihren sozialen Auftrag:

„PlanBude agiert [...] nicht als meinungslose Vermittlerin. PlanBude sucht Möglichkeiten zu entwickeln, der sozialen Spaltung der Stadt entgegen zu arbeiten, die Vielfalt und soziale Vielschichtigkeit von St.Pauli zu erhalten – und damit die Intention der sozialen Erhaltensverordnung auch im Neubau umzusetzen. Einem Anwalt vergleichbar, kann PlanBude nur mit einem Vertrauensvorschuss aus dem Stadtteil arbeiten.“ (PlanBude 2014b)

Aufgrund dieser sozialen Grundhaltung, der zugesicherten Unabhängigkeit von Politik und Bezirk und dem innovativen Beteiligungsverfahren unterscheidet sich die PlanBude von „typischen“ Partizipationsverfahren (siehe 3.2.) in maßgeblichen Punkten. Als „Frühwarnsystem“ für Konflikte konnte die PlanBude auch nicht dienen, da der Konflikt zum Zeitpunkt des Eingreifens durch die Planung bereits im vollen Gange war. Es lässt sich jedoch sagen, dass der Konflikt mit der Beauftragung der PlanBude deeskaliert werden konnte, dies soll genauer in Abschnitt 3.4. untersucht werden.

Der Beteiligungsprozess wurde von einem interdisziplinären Planungsteam, bestehend aus Architekt*innen, Urbanist*innen/Planer*innen, Künstler*innen, Sozialarbeiter*innen und Kulturwissenschaftler*innen, getragen. Um eine breite Partizipation zu gewährleisten, konzipierte das Team innovative Planungsmethoden und Beteiligungsformate. Diese reichten von Haustürgesprächen (Aktivierende Befragung in Kooperation mit GWA), flächendeckend verteilten Fragebögen in fünf Sprachen, vor Ort installiertem Planungscontainer, bis hin zu anregenden, künstlerischen und anspruchsvollen Tools wie das Knetmodell (M 1:500), das

Legomodell (M 1:150), Nachtkarten, Lesungen und Workshops in den umliegenden Kneipen, Lokalen, sozialen Einrichtungen und Kaschemmen (vgl. PlanBude 2015). Insgesamt sind über 2300 Beiträge in der PlanBude eingegangen. Die PlanBude hat alle Ideen, Zeichnungen und Modelle archiviert, ausgewertet, interpretiert und übersetzt: in funktionale, soziale und bauliche Ansprüche an den Neubau. Diese präzise übersetzten Ergebnisse wurden in zwei Stadtteilkonferenzen vorgestellt, diskutiert und überarbeitet (vgl. PlanBude 2015). Auf dieser Basis wurde zwischen PlanBude, Bezirk und Eigentümer Bayerische Hausbau ein Eckpunkte-Papier verhandelt und der gemeinsame Auslobungstext für den Neubau formuliert. Damit sind die Ergebnisse des PlanBude-Prozesses die Grundlage für den folgenden Architekten-Wettbewerb (vgl. PlanBude 2015).

4.2.3. Eingreifen durch andere Akteure

Neben der GWA St. Pauli und der PlanBude haben natürlich auch andere Akteure in den Konflikt eingegriffen, wenn auch weniger direkt und maßgeblich. Dazu gehören die Bewohner*innen St. Paulis und ihre Stadtteilversammlungen (St. Pauli selber machen), welche klar auf Seiten der Initiative Esso-Häuser steht und mithilfe von Resolutionen und Veröffentlichungen politischen Druck aufgebaut hat. Außerdem gingen die Idee einer „Beteiligung von unten“ und das darauffolgende Konzept der PlanBude von der Stadtteilversammlung aus. Daneben war der Bezirk Mitte ein wichtiger Akteur, welcher sich zwar hauptsächlich über seine formelle Entscheidungsmacht auszeichnet, sich aber auch, personell vertreten durch den Bezirksamtsleiter Andy Grote, in den Konflikt einmischte. Dabei versuchte er, eine möglichst neutrale Rolle einzunehmen bzw. nicht zur Eskalation beizutragen (vgl. Kaiser 2014). Relativ zu Beginn des Konflikts (2011) kündigt Grotes Vorgänger, Markus Schreiber, noch den Abriss der Häuser an und widerspricht damit dem Gutachten und den Interessen der Initiative. Knapp ein Jahr später versucht der nun neu ernannte Bezirksamtsleiter Grote allerdings zu schlichten. Als von der Initiative gefordert wird, mit Bezirk und Investor an einen Runden Tisch zu treten, dies allerdings nach kurzer Zeit an der BHG scheitert, versucht er, einen Kompromiss zwischen Initiative und Investor zur Gutachtenfrage zu verhandeln. Die SPD-Fraktion beantragt daraufhin in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte, den Dialog mit den Mieter*innen und Anwohner*innen festzuschreiben und eine Bürger*innenbeteiligung zu sichern. Dies wird dann auch entsprechend beschlossen (vgl. Straßburger et al. 2014). Auf Anzeigen der Initiative

Esso-Häuser gegen die BHG, aufgrund von vermuteten Verstößen gegen das Wohnraumschutzgesetz, geht der Bezirk jedoch nicht ein. Auch nach der Evakuierung lässt der Bezirksamtsleiter die Weigerung der BHG, Schadensersatz für die Mieter*innen zu leisten, unwidersprochen stehen (vgl. Straßburger et al. 2014). Als die Idee einer weitreichenden Beteiligung im Rahmen der PlanBude aufkommt, zeigt sich der Bezirk wieder aufgeschlossen, möglicherweise auch aufgrund des herrschenden politischen Drucks. Schließlich wird die PlanBude mit der Durchführung des Beteiligungsverfahrens, schon vor der Auslobung des architektonischen Wettbewerbs beauftragt, Andy Grote bezeichnet das partizipative Verfahren in einem Interview als „Riesenchance für St. Pauli“ (vgl. Füllner 2014). Auch mit den Ergebnissen des Planungsprozesses zeigt er sich sehr zufrieden: „Mit dieser einvernehmlichen Lösung im Interesse des Stadtteils ist etwas Großes gelungen. Wir haben die Weichen gestellt, für ein echtes, neues Stück St. Pauli mit Platz für alle und alles“ (Gassdorf 2015).

4.3. Konfliktdynamik des Esso-Häuser-Konflikts

Wie schon in der Einführung grob gezeigt (siehe 4.1.), lässt sich der Esso-Häuser-Konflikt in zeitliche Konfliktphasen einteilen. In diesem Abschnitt soll der Verlauf der verschiedenen Phasen genauer im Hinblick auf die Konfliktdynamik untersucht werden. Zu Hilfe genommen werden dabei Glasls Mechanismen- und Phasenmodell der Eskalation (siehe 2.2.), womit sich überprüfen lässt, zu welcher Konfliktphase welche Eskalationsstufe vorlag und welche Ereignisse dazu geführt haben.

1. Eskalationsstufe Verhärtung (Beginn des Konflikts):

Das Esso-Häuser-Areal wird im Mai 2009 von der BHG gekauft. Kurz später erhalten Mieter*innen mit einem (alten) befristeten Mietvertrag die Aufforderung, neue befristete Verträge zu unterschreiben oder die Wohnung binnen einer Woche zu verlassen. Die GWA St. Pauli erfährt davon und beginnt Kontakt zu den Mieter*innen aufzubauen. Zu diesem Zeitpunkt sind Gentrifizierung, steigende Wohn- und Gewerbemieten und ihre Folgen für die strukturelle und soziale Zusammensetzung der Wohnbevölkerung und der Gewerbestruktur bereits zentrales Thema auf St. Pauli und für die GWA (vgl. Jörg/Röthig 2014). In diesem Zusammenhang kommt bei den Mieter*innen der Verdacht auf, dass über die neuen Mietverträge, welche eine Minderung der Mieter*innenrechte bedeuten würden, eine Entmietung der Esso-Häuser erreicht werden soll, um einen Abriss und profitablen Neubau zu

erreichen. Mit Hilfe von Rechtsberatung wehren die Mieter*innen sich erfolgreich gegen dieses Vorgehen des Vermieters. Damit ist der Konflikt geboren. Entsprechend Glasl's Phasenmodell (siehe 2.2.2.) zeigen sich eine Verhärtung der Standpunkte und ein zeitweises Aufeinanderprallen dieser. Jedoch herrscht auch noch die Überzeugung vor, dass der Konflikt durch Gespräche lösbar ist, die Lager sind noch nicht starr aufgestellt. Der Konflikt befindet sich noch auf der 1. Eskalationsstufe der Verhärtung.

2. Eskalationsstufe Debatte, Polemik:

Dies ändert sich jedoch recht schnell. Die aktiven Mieter*innen der Esso-Häuser organisieren sich und gründen, mithilfe der GWA St. Pauli, die Initiative Esso-Häuser. Diese wendet sich mit einem direkten Brief an die BHG und fordert Transparenz und Beteiligung der Mieter*innen bei zukünftigen Vorhaben. Die BHG reagiert konfrontativ und versucht ein Grillfest der Initiative zu verbieten, der Konflikt wird öffentlich. Auch Andy Grote (z. d. Zt. stadtentwicklungspolitischer Sprecher der SPD) bekommt etwas davon mit und versucht, mit einem Stadtteilgespräch zum Thema Esso-Häuser zu schlichten. 2010 beginnen Gespräche zwischen Initiative und BHG, der Konflikt liegt offen: Der Investor will die Häuser abreißen und neu bauen, die Initiative fordert die Sanierung (vgl. Straßburger et al. 2014). Den vermeintlich notwendigen Abriss untermauert die BHG mit einem Gutachten. Die Initiative hält mit eigenen Expertisen dagegen. Um Abriss oder Neubau und wie dieser jeweils aussehen kann, wird am Runden Tisch mit Investor, Politik und Initiative weiterverhandelt. Auch die Stadtteilversammlung mit dem Bündnis S.O.S. St. Pauli mischt sich in den Konflikt ein und startet eine Unterschriftenkampagne gegen die Gentrifizierung auf St. Pauli, verbunden mit konkreten Forderungen. Der Konflikt befindet sich nun auf der 2. Eskalationsstufe. Die Fronten haben sich verhärtet, es kommt zu einer Polarisierung zwischen BHG auf der einen Seite und Initiative sowie Verbündeten auf der anderen. Das Denken findet stärker in Schwarz-Weiß-Kategorien statt. Es wird versucht die Gegenseite mit Logik und Verstand zu beeinflussen und mit zwingenden Argumenten zum Annehmen des eigenen Standpunktes zu bewegen (siehe Expertisen). Zwei Eskalationsmechanismen kommen zum Tragen (siehe 2.2.1.): Es werden von den Konfliktparteien immer mehr Punkte in den Konflikt gezogen und zu „Konflikt-Issues“ gemacht, sodass die Streitfragen an Anzahl, Umfang und Komplexität zunehmen. Der Streit weitet sich von einem Mieter-Vermieter-Konflikt zu einem politischen Konflikt um Sanierung vs. Aufwertung durch Neubau aus. Und die Konfliktparteien ziehen einen immer weiteren Personenkreis zur eigenen Unterstützung im Konflikt hinzu, die Initiative sucht die Vernetzung,

die BHG versucht hingegen den Schulterschluss mit der Politik; Face-to-Face Kontakte (direkte Gespräche) zwischen Initiative und BHG nehmen dabei ab.

3. Eskalationsstufe Taten statt Worte:

Das Abnehmen der Face-to-Face Kontakte findet seinen Höhepunkt im Februar 2012. Die Bayerische Hausbau verlässt den Runden Tische ohne Vorankündigung. Gleichzeitig will sie Fakten schaffen und kündigt den Abriss und die Auslobung des architektonischen Wettbewerbs an, ohne vorherige Abstimmung mit Bewohner*innen und Politik. Die Politik reagiert nicht sehr erfreut und fordert die Beteiligten zur Kooperation auf, ohne gemeinsam abgestimmten Auslobungstext könne der Architektenwettbewerb nicht starten. Andy Grote reicht einen entsprechenden Antrag ein, der auch ein Rückkehrrecht der jetzigen Bewohner*innen sowie einen Sozialwohnungsanteil von mindestens 50 % fordert. Diesen nimmt die Bezirksversammlung am 23. Februar 2012 einstimmig an (vgl. Straßburger et al. 2014). Für die Initiative Esso-Häuser ist der Zeitpunkt der Gespräche vorerst vorbei (auch wenn diese den Runden Tisch zuerst gefordert hatte), der Faktenschaffung der BHG wird öffentlicher Protest entgegengesetzt. Zum Beispiel wird der Esso-Häuser-Song¹⁴ veröffentlicht, die Stadtteil-Demo „United we stand – divided we fall – Die Esso-Häuser brauchen Dich“ organisiert und der Megafonchor¹⁵ der Initiative tritt öffentlich auf. Außerdem folgen eine Leerstandsanzeige der Initiative beim Amt für Wohnraumschutz im Mai 2012 und eine weitere Anzeige wegen Verstoßes gegen die Instandhaltungspflicht im Oktober 2013. Der Konflikt befindet sich damit auf der 3. Eskalationsstufe (siehe 2.2.2.): Für diese Stufe ist maßgeblich, dass Taten gegenüber den Worten im Vordergrund stehen und es zu einer Konkurrenzhaltung zwischen den Akteuren kommt. Gleichzeitig wächst innerhalb der Konfliktparteien der Gruppenzusammenhalt.

4. Eskalationsstufe Images und Koalitionen:

Der Konflikt eskaliert noch weiter, im September 2013 kündigt die BHG allen Gewerbemietler*innen und schafft damit vollendete Tatsachen. Gleiches gilt für die Wohnungsmieter*innen: Am 13. Dezember werden die Esso-Häuser evakuiert, nachdem in den Häusern Erschütterungen gemeldet wurden, müssen alle Mieter*innen die Häuser unmittelbar verlassen. Die GWA St. Pauli leistet Krisenintervention für die Mieter*innen.

¹⁴siehe (Egel 2013)

¹⁵siehe (Baumgardt 2014)

Zwischen der BHG und der Initiative Esso-Häuser wird nun ein Image-Konflikt geführt. Die Initiative wirft der BHG öffentlich vor, die Häuser mit Absicht „kaputtbesessen“, also notwendige Instandhaltungsmaßnahmen nicht durchgeführt zu haben, um einen Abriss der Häuser zu erreichen (vgl. Initiative Esso-Häuser 2013a). Die BHG bezeichnet daraufhin die Vorwürfe der Initiative als haltlos (vgl. Bayerische Hausbau GmbH 2013). Auch auf der Straße eskaliert der Konflikt. Am 21. Dezember findet eine Großdemonstration unter dem Motto „Die Stadt gehört allen! Refugees, Esso-Häuser und Rote Flora bleiben“ statt. Die Demonstration wird nach wenigen Metern von der Polizei gestoppt, es kommt zu massiven Ausschreitungen (vgl. Appen 2013). Die Polizei löst die Demonstration auf und geht mit Schlagstöcken, Wasserwerfen und Pfefferspray gegen die Demonstrierenden vor, auch der „Recht auf Stadt“-Block, als Teil der Demonstration, wird von diesen Maßnahmen betroffen. Die Menschen bestehen jedoch auf ihr Recht zur Rede- und Demonstrationsfreiheit und halten noch am gleichen Abend eine Kundgebung vor den Esso-Häusern ab (vgl. Initiative Esso-Häuser 2013b). Damit befindet sich der Konflikt auf der 4. Stufe. Dazu gehören das Schaffen von vollendeten Tatsachen, das Denken in Dualitäten (Gut gegen Böse) und Image-Kampagnen, um den Gegner schlecht und sich selbst gut dastehen zu lassen. Der Konflikt hat damit auch eine neue Schwelle erreicht (siehe 2.2.2.). Während bis zur einschließlich 3. Eskalationsstufe eine Win-Win Situation für beide Parteien möglich ist, geht es nun um den Sieg einer Partei über die andere, es entsteht ein „Win-Lose Charakter“ (vgl. Glasl 2013: 256).

Die Bewohner*innen des Stadtteils üben weiter politischen Druck aus. Auf einer großen Stadtteilversammlung im Februar 2014 entsteht die sogenannte „Ballsaal-Resolution“, diese beinhaltet neben stadtpolitischen Forderungen auch die Idee nach einem von unten organisierten, demokratischen Planungsprozess (vgl. S.O.S. St. Pauli 2014). Trotzdem beginnt im gleichen Monat der Abriss der evakuierten Esso-Häuser.

Deeskalation des Konflikts (zurück zur 2. Eskalationsstufe)

Die Idee einer neuartigen Beteiligung wird weiterentwickelt, am 24. April 2014 stellen die Initiative und Aktive der Stadtteilversammlung „St. Pauli selber machen“ auf dem Spielbudenplatz die „PlanBude“ vor und fordern die Politik auf, das Beteiligungsprojekt umzusetzen (entsprechend dem Beschluss der Bezirksversammlung vom Februar 2012). Ein multiprofessionelles Team (s.o.) soll den Beteiligungsprozess organisieren. Alle sollen gemeinsam planen können, was auf dem Gelände neu entstehen soll (vgl. Straßburger et al.

2014). Mit dem Bezirk wird über das weitere Vorgehen verhandelt. Mit Erfolg. Am 22. Juli 2014 erfolgt die offizielle Vorstellung des Beteiligungskonzeptes. Es ist ein Novum, dass solch ein Teilnahmeverfahren in die Hände von Menschen aus dem Stadtteil gelegt wird. Auch der frühe Zeitpunkt der Teilnehmung, vor der Ausschreibung des Architektenwettbewerbes, ist Neuland für die Behörden. Das Geld für das Projekt kommt vom Bezirk und von der BHG (vgl. Initiative Esso-Häuser 2014a). Im Oktober 2014 findet die Eröffnung der PlanBude statt. Die Zusage, ein demokratisches Teilnahmeverfahren durchzuführen, und nicht nur eine „Teilnehmungsshow“, wird von Seiten der Esso-Häuser-Aktiven bereits als Teilerfolg gesehen (vgl. Initiative Esso-Häuser 2014b) und sorgt für eine Deeskalation des Konflikts. Es wird nun nicht mehr zu Protesten aufgerufen, sondern dazu, sich aktiv in die Neubauplanung einzubringen. Danach soll eine Phase der Verhandlungen und der Umsetzung folgen (vgl. Initiative Esso-Häuser 2014b). Der Konflikt befindet sich damit wieder auf der 2. Eskalationsstufe. Es bestehen zwar noch Unterschiede im Denken, Wollen und Fühlen, aber es finden wieder Gespräche zwischen den Konfliktakteuren statt.

Verhandlungen und Umsetzung (zurück zur 1. Eskalationsstufe)

Der Teilnehmungsprozess läuft bis Februar 2015, danach werden die Ergebnisse gesammelt und im Rahmen von zwei Stadtteilversammlungen zu „Bausteinen“ für den Auslobungstext des architektonischen Wettbewerbs formuliert. Mit diesen Bausteinen geht die PlanBude in Verhandlungen mit Bezirk und Investor. Im Mai 2015 stehen dann die gemeinsam ausgehandelten Eckpunkte für den Auslobungstext. Die Initiative zeigt sich mit den Ergebnissen zufrieden, auch wenn es noch einige Punkte gibt, die ihrer Meinung nach einer weiteren Klärung bedürfen (vgl. Initiative Esso-Häuser 2015). Auch die BHG zeigt sich mit den Ergebnissen zufrieden und spricht von einem „guten Kompromiss“ (vgl. Bezirksamt Hamburg-Mitte 2015). In den weiteren Verhandlungen bis zum Abschluss des städtebaulichen Vertrags kommt es noch zeitweise zum Aufeinanderprallen von Standpunkten, die PlanBude und Aktive des Stadtteils versprechen, ein Auge auf den Investor bei der Umsetzung der ausgehandelten Eckpunkte zu haben (vgl. WELT 2018). Der Konflikt befindet sich entsprechend wieder auf der 1. Eskalationsstufe und es gibt eine Win-Win Situation, bei der alle Akteure vom Konflikt profitieren können. Die Dynamik der Eskalation des Konflikts, entsprechend o.g. Punkte, wird in Abb. 7 dargestellt. Auf der oberen Seite befinden sich die wichtigsten Geschehnisse im Konfliktverlauf, auf der unteren Seite die entsprechende Eskalationsstufe:

Wichtige Ereignisse im Konfliktverlauf

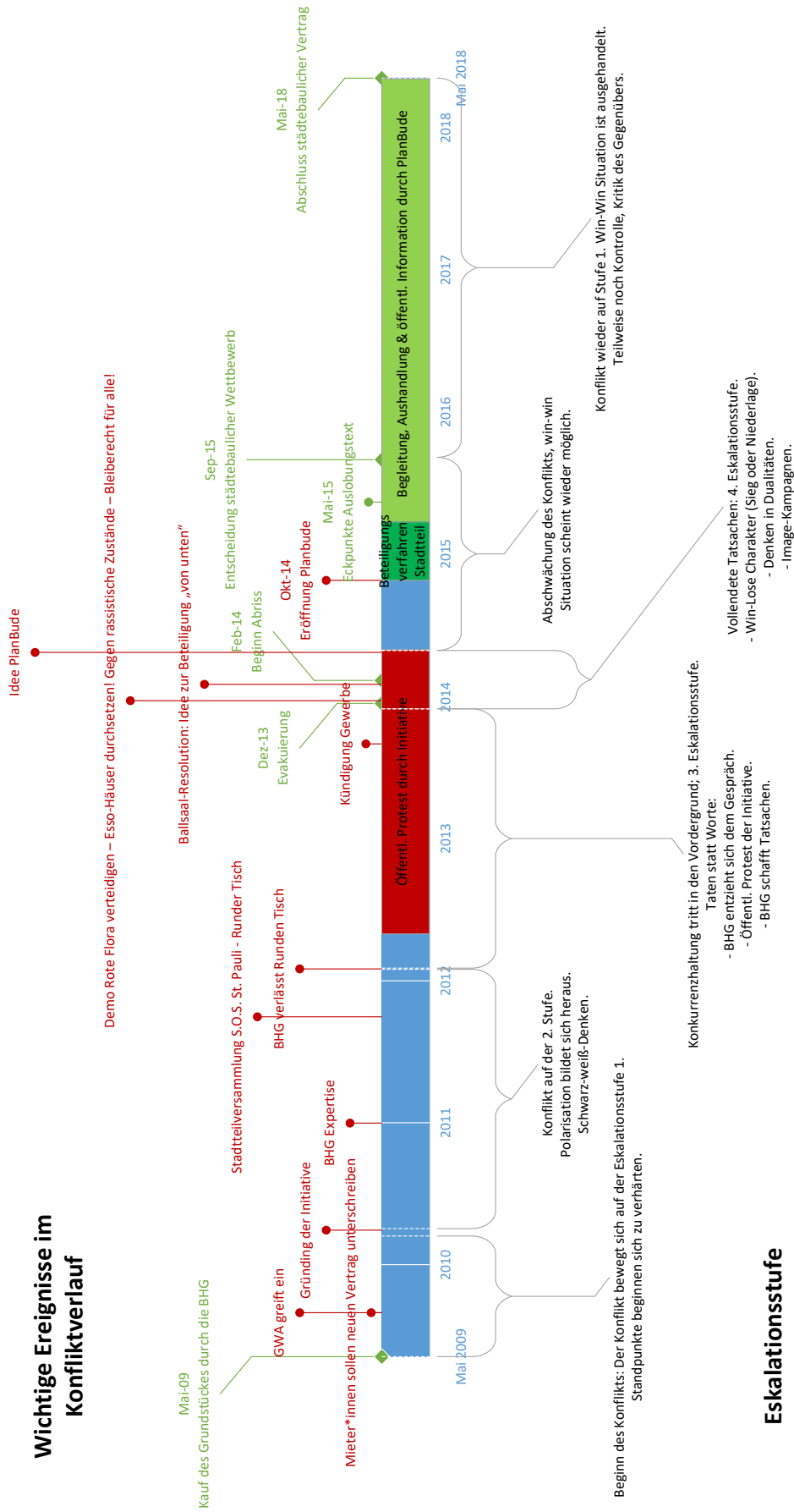


Abb. 7 Zeitstrahl Eskalationsstufen
Eigene Darstellung

4.4. Entwicklung des Konflikts durch GWA und partizipative Planung

In diesem Abschnitt soll der Forschungsfrage, welchen Einfluss das Eingreifen von GWA und partizipativer Stadtplanung auf Konflikte in der Stadtentwicklung hat, und ob dieses zu einer Konfliktlösung führen kann - am Beispiel des Esso-Häuser-Konflikts - nachgegangen werden. Dabei müssen besonders die letzten beiden Abschnitte, welche sich auf die Ebenen des Eingreifens durch die Akteure und den Verlauf der Konfliktdynamik beziehen, berücksichtigt werden, denn daran lässt sich festmachen, welcher Eingriff, zu welchem Zeitpunkt, zu einer bestimmten Entwicklung im Konfliktverlauf geführt hat.

4.4.1. Erweiterung der Artikulations- und Gestaltungsmacht durch GWA

Der erste zu betrachtende Zeitraum beschränkt sich auf den Konfliktbeginn bis hin zur Einmischung durch die PlanBude. Das professionelle Eingreifen erfolgte bis dahin nur durch die GWA. Anschließend war die GWA hauptsächlich (personell) unterstützend für die PlanBude und den Beteiligungsprozess tätig. Ihr Handeln ab diesem Zeitpunkt kann also als Ergänzung dieses Prozesses gesehen werden und fällt somit in die Betrachtung des zweiten Zeitraums.

Schaut man sich den Verlauf der Konflikteskalation im ersten Zeitraum an, ist eine zunehmende Eskalation des Konflikts von der 1. Eskalationsstufe zu Beginn des Konflikts bis hin zur 4. Eskalationsstufe vor dem Eingreifen durch die PlanBude auszumachen. Es scheint also, dass das Eingreifen der GWA und die damit zusammenhängende Gründung der Initiative Esso-Häuser zu einer zunehmenden Konflikteskalation geführt haben. Dies ist jedoch nur teilweise richtig und muss anhand der Grundsätze eines Community Organizing betrachtet werden, denn nach diesem Ansatz wurde bei der Gründung und Unterstützung der Initiative gearbeitet (siehe 4.2.1.). Ein offensives Angehen des Konflikts (und eine damit einhergehende mögliche Eskalation) ist im CO erwünscht. Ziel ist es, über den Konflikt Veränderungen im Sinne der Bürger*innen herbeizuführen, jedoch sollen Konflikte stets ethisch und demokratisch gerahmt bleiben. Geht man nach Glasls Eskalationsstufen, sollte der Konflikt also nicht die 3. Eskalationsstufe überschreiten, da sonst keine Win-Win Situation für die Beteiligten mehr möglich ist, oder nach Galtung, so gibt es keine brauchbare Alternative zu einer Lenkung des Konflikts in konstruktive Bahnen (vgl. Galtung 2007: 133). Die Offenlegung des Konflikts in direkten Gesprächen zwischen Initiative Esso-Häuser und Investor führte

zwangsweise zu einer Polarisierung der Standpunkte. Von der Initiative gab es, entsprechend der Aktionsphase des CO, jederzeit das Angebot für eine Aushandlung dieser unterschiedlichen Standpunkte am Runden Tisch, es wurde also versucht, dem „Gegner“, im direkten Gespräch Zugeständnisse abzugewinnen. Als die BHG den Runden Tisch verließ, sich also nicht mehr auf die direkten Gespräche einlassen wollte, wurde zum Mittel des kreativen Protests gegriffen, um Druck auf die Gegenseite aufzubauen und dadurch entsprechende Entscheidungsmacht zu erlangen. Die Eskalation bis zu diesem Punkt liegt also durchaus im Interesse einer vom CO-Ansatz geprägten GWA, mit der Prämisse eine konstruktive Lösung des Konflikts zu erreichen. Die weitere Zuspitzung des Konflikts auf die 4. Eskalationsstufe ist jedoch nicht mehr im Sinne dieses gemeinwesenarbeitschen Handelns und eher anderen Umständen zuzurechnen. Diese sind erstens die unmittelbare Schaffung von Tatsachen durch die Evakuierung der Esso-Häuser und zweitens die angespannte politische Situation in der Auseinandersetzung um Gentrifizierung und profitorientierte Stadtentwicklung allgemein, zu deren Präzedenzfall der Esso-Häuser-Konflikt wurde. Zwar lässt sich die Verantwortlichkeit für die Evakuierung aufgrund nicht erfolgter Instandhaltung der BHG zuweisen, jedoch muss dabei auch beachtet werden, dass diese schon zuvor durch den Vorbesitzer jahrelang verschleppt worden ist. Trotzdem führte letztlich die Arbeit der GWA und der Initiative dazu, dass der Konflikt um den Abriss der ESSO-Häuser über Hamburgs Grenzen hinaus publik wurde. Er wurde zu einem Symbol städtischer Konflikte um bezahlbare Mieten, Gentrifizierung und die wachsende soziale Spaltung (vgl. Jörg/Röthig 2014). Der Forderung nach einer sozialverträglichen Lösung an dieser Stelle und einem Planungsverfahren „von unten“ wurde damit entsprechender politischer Nachdruck verliehen, sodass letztlich das Beteiligungsverfahren im Rahmen der PlanBude durchgesetzt werden konnte.

4.4.2. Demokratische Entscheidungsfindung und Konfliktlösung durch die PlanBude

Den zweiten zu betrachtenden Zeitabschnitt in Konflikt stellt die Zeit von der Vorstellung der PlanBude bis hin zum Abschluss des städtebaulichen Vertrags dar. Wie bereits im Abschnitt 3.3. beschrieben führte das Eingreifen der PlanBude zu einer Deeskalation und letztlich auch zu einer demokratischen Lösung des Konflikts. Allerdings muss dabei beachtet werden, wie

weit die PlanBude sich von der formell vorgeschriebenen Partizipation in Punkto Grundhaltung, Unabhängigkeit und Art des Partizipationsverfahrens unterscheidet (siehe 4.2.2). Damit die PlanBude Erfolg in der Konfliktlösung haben konnte, war es außerdem maßgeblich, dass eine Demokratisierung entsprechend einer Planung „von unten nach oben“ stattfand, wie von der Initiative und der Stadtteilversammlung gefordert. Maßgeblich dafür ist der Grad der Partizipation (siehe 3.2.). Dieser muss sowohl auf der Seite der Teilhabe durch den Staat als auch auf Seite der Teilnahme durch die Bürger*innen untersucht werden:

Im Falle der PlanBude wurde diese zwar vom Staat (Bezirksamt Mitte) beauftragt und finanziert, ihr jedoch Unabhängigkeit bei der Durchführung des Verfahrens vertraglich zugesichert, die Entscheidungen wurden also an sie delegiert. Dies entspricht der höchsten (4.) Stufe des Stufenmodells (Delegation von Entscheidungen), auch wurden die Bürger*innen durch die PlanBude aktiv zur Teilnahme ermuntert. Jedoch war bei der Umsetzung der erarbeiteten Partizipationsergebnisse keine alleinige Entscheidung durch die PlanBude (vertretend für die Interessen der Bürger*innen) möglich. Diese mussten zwischen PlanBude, Bezirk und dem Eigentümer Bayerische Hausbau in einem Eckpunkte-Papier verhandelt werden und wurden daraufhin in den Auslobungstext aufgenommen. Auf dem Stufenmodell befinden wir uns damit auf der 3. Stufe, der partnerschaftlichen Kooperation, die sich durch partnerschaftliche Aushandlung der unterschiedlichen Sichtweisen definiert. Die offizielle formale Entscheidung liegt jedoch immer noch bei den gewählten Mandatsträger*innen (vgl. Lüttringhaus 2000: 41 f.), in unserem Fall also der Bezirksverwaltung Hamburg-Mitte. Auch die Seite der Teilnahme durch die Bürger*innen muss zur Feststellung des Partizipationsgrades betrachtet werden, die Stufen reichen von Desinteresse bis hin zur Eigenständigkeit (Autonomie). Entsprechend Wickraths Stufen der Teilnahme (siehe 3.2.) lässt sich die Beteiligung durch die Bürger*innen der 3. Stufe der Mitentscheidung zuordnen. Diese definiert sich abermals als eine partnerschaftliche Entscheidungsfindung zwischen den Interessenvertreter*innen und Entscheidungsträger*innen (vgl. Lüttringhaus 2000: 43), vermittelt über die PlanBude. Der Partizipationsgrad, der sich aus den beiden Seiten der Teilhabe und der Teilnahme bestimmt, lässt sich entsprechend als kooperative Mitentscheidung definieren. Die Interessen der Bürger*innen flossen also, vermittelt durch PlanBude, in Verhandlung mit der Stadt und dem Eigentümer, maßgeblich in die Planung ein, die formelle Entscheidungsmacht lag jedoch weiterhin beim Staat (Bezirksamt Mitte und Bezirkspolitik).

Es lässt sich feststellen, dass eine Konfliktlösung durch partizipative Stadtplanung in diesem Fall stattgefunden hat, dafür war allerdings die Durchsetzung eines besonderen Planungsverfahrens notwendig, mit maßgeblichen Unterschieden zur gesetzlich vorgeschriebenen, formellen, Beteiligung in der Stadtentwicklung und einem höheren Partizipationsgrad. Insgesamt konnte die PlanBude der Bayerischen Hausbau große Zugeständnisse abringen und zeigt sich zufrieden: Keine Eigentumswohnungen, dafür bis zu 200 Mietwohnungen, davon 60 Prozent sozial gefördert und die Mietpreisbindung läuft zehn Jahre länger als normal (vgl. PlanBude 2018). Auch die BHG ist mit dem Ergebnis zufrieden und bezeichnet es als „sehr guten Kompromiss [...], der weder Gewinner, noch Verlierer kennt“ (Bayerische Hausbau GmbH 2018). Es zeigt sich der Win-Win Charakter eines, in konstruktive Bahnen gelenkten, Konflikts.

5. Fazit – Der Esso-Häuser-Konflikt als Präzedenzfall für Konfliktlösung in der Stadtentwicklung?

Ziel dieser Arbeit war es herauszufinden, ob das Handeln von GWA und partizipativer Planung zu einer Konfliktlösung bzw. einer Veränderung in der Konfliktdynamik von Stadtentwicklungskonflikten führen kann. Dies geschah am Beispiel des Esso-Häuser-Konflikts, welcher einen „Symbolkonflikt“ für den Widerspruch: „Aufwertung versus Interessen der Bewohner*innen“ darstellt. Es zeigte sich, dass in dem komplexen Konflikt durch das Eingreifen von GWA und das Organisieren von Mieter*innen politischer Druck aufgebaut werden konnte. Dies führte, auch wenn der Konflikt zwischenzeitlich eskalierte und alle Verhandlungen zu scheitern drohten, schließlich zur Umsetzung eines innovativen und demokratischen Planungsverfahrens im Rahmen der PlanBude. Die PlanBude erreichte es, auf Basis der Interessen der Menschen im Stadtteil, den Konflikt wieder auf eine Win-Win-Situation zu deeskalieren und eine zufriedenstellende Lösung für alle Beteiligten auszuhandeln. Es zeigte sich aber auch, dass dies ein sehr ungewöhnlicher Ablauf für einen solchen Stadtentwicklungskonflikt war, und eine Konfliktlösung nur durch vorherigen Protest, ein hohes Maß an Partizipation und eine entsprechend starke Einbindung des Stadtteils erreicht werden konnte. Es stellt sich die Frage, ob GWA und partizipative Planung generell Lösungen für Stadtentwicklungskonflikte bereithalten bzw. ob die Entwicklungen im Esso-Häuser-Konflikt als repräsentativ angesehen werden können. GWA z.B. kann auf das Konzept

des Community Organizing zurückgreifen, bei dem es darum geht, Menschen aus einem Stadtteil zum Zwecke des Eintretens für ihre Interessen und Bedarfe zu organisieren. Mit diesem Konzept wurden sowohl in den USA als auch in Deutschland schon viele Verbesserungen von den Bewohner*innen eines Stadtteils selbst erkämpft¹⁶. Allerdings handelte es sich dabei meistens um verhältnismäßig „kleinere“ Verbesserungen und nicht um einen Streit über den Neubau eines ganzen Viertels. Ob die Methode des CO bei solch „großen“ Konflikten regelmäßig erfolgreich ist, müsste an weiteren Beispielen mit der Reichweite des Esso-Häuser-Konflikts geprüft werden. Was die partizipative Planung angeht, so wird deren Nutzen in der Stadtplanung von den Verwaltungen der Städte regelmäßig betont und es werden auch vermehrt erweiterte Möglichkeiten zur Beteiligung, über die formell festgeschriebenen Verfahrensschritte hinausgehend, angeboten. Jedoch bleibt der innovative Anspruch und der Partizipationsgrad dieser Verfahren meistens weit hinter dem der PlanBude zurück. Insofern stellt sich die Frage, ob diese Verfahren generellen Mehrwert für die Bevölkerung besitzen, da die Gefahr besteht, dass durch eine „Scheinbeteiligung“ eine Befriedung von Konflikten stattfindet, die Interessen der Menschen jedoch weiterhin unberücksichtigt bleiben. Im Falle der PlanBude brauchte es zumindest erheblichen politischen Druck, um ein Partizipationsverfahren durchzusetzen, welches sich auf der Ebene der Mitbestimmung bewegt. Jedoch ist dies fallabhängig und jedes Partizipationsverfahren muss einzeln nach dem Grad der Partizipation und entsprechendem Demokratisierungsanspruch geprüft werden.

Die Bearbeitung des Esso-Häuser-Konflikts als „Präzedenzfall“ für andere Konflikte in der Stadtentwicklung wäre sicherlich wünschenswert, besonders wenn eine Beteiligung auf dem Grad der Mitentscheidung auch ohne vorherigen Widerstand durch den Stadtteil stattfinden würde. Dies ist jedoch von der aktuellen Realität (noch) weit entfernt, die meisten nicht formellen Beteiligungsverfahren bewegen sich höchstens auf dem Grad der Konsultation. Trotzdem besteht Grund zur Zuversicht. Der Esso-Häuser-Konflikt hat gezeigt, dass eine andere Stadtentwicklung, im Sinne einer Planung von „unten nach oben“ möglich ist. Auch die Presse scheint Gefallen an einem solchen Beteiligungsverfahren gefunden zu haben¹⁷. In der Stadtentwicklung hat in den letzten Jahren ein gewisses Umdenken stattgefunden und es wurde erkannt, dass die formell festgelegte Beteiligung nicht ausreichend ist, entsprechend wurden die Möglichkeiten zur Partizipation von behördlicher Seite aus erweitert. Und wenn

¹⁶ Fallbeispiele finden sich bei (Müller/Richers/Sippel 2015: 101 ff.)

¹⁷ Beispiele: (Lamprecht 2018); (Weretka 2018)

dies nicht reicht, haben die zukünftig Betroffenen die entschlossenen Mieter*innen der ESO-Häuser zum Vorbild, die gezeigt haben, dass sich mit Organisation, Zusammenhalt, Hartnäckigkeit und entsprechender Unterstützung viel gewinnen lässt.

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1 Konfliktdreieck nach Galtung	8
Abb. 2 Stufen und Schwellen der Eskalation	14
Abb. 3 Die 9 Stufen der Konflikteskalation.....	15
Abb. 4 Darstellung der drei Formen des Arbeitsprinzips GWA und ihre Interdependenz.....	22
Abb. 5 Stufenmodell der Partizipation	26
Abb. 6 Konstellation des Ezzo-Häuser-Konflikts	40
Abb. 7 Zeitstrahl Eskalationsstufen	52

Literaturverzeichnis

Alinsky, S. D. (1999): Anleitung zum Mächtigsein: ausgewählte Schriften. 2. Auflage. Göttingen: Lamuv. (= Lamuv-Taschenbuch. - Göttingen : Lamuv-Verl, 1980- 268).

Alinsky, S. D. (2010): Call me a radical. Bearb. und aktualisierte Neuaufl. / zsgest. und aus dem Engl. von Karl-Klaus Rabe. Red. bearb. und aktualisiert von der IG-Metall-Jugend. Mit einem Vorw. von Eric Leiderer und einem Nachw. von Detlef Wetzel. Göttingen: Lamuv-Verl. (= Organizing und Empowerment).

Appen, K. von (2013): Demo für Erhalt der Roten Flora: Gewalt ohne Vorwarnung. In: Die Tageszeitung: taz.

Arnstein, S. R. (1972): Stufen der Bürgerbeteiligung. In: Lauritzen, L. (Hrsg.): Mehr Demokratie im Städtebau: Beiträge zur Beteiligung der Bürger an Planungsentscheidungen. Hannover: Fackelträger-Verl., S. 192–218, (= Beiträge zur Beteiligung der Bürger an Planungsentscheidungen).

Becker, F./Riedel, S. (2013): Gemeinwesenmediation. In: Stövesand, S./Stoik, C./Troxler, U. (Hrsg.): Handbuch Gemeinwesenarbeit: [Traditionen und Positionen, Konzepte und Methoden ; Deutschland - Schweiz - Österreich]. Opladen: Budrich, S. 425–430, (= Buchreihe Theorie, Forschung und Praxis der sozialen Arbeit. 4).

Bezirksamt Hamburg-Mitte (2015): Beteiligungsprozess „PlanBude“ erfolgreich abgeschlossen
Gemeinsames Konzept für Neubebauung steht. Hamburg: Bezirksamt Hamburg-Mitte.

Bonacker, T. (2008): Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien: eine Einführung. 4. Auflage. Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwiss. (= Friedens- und Konfliktforschung).

Boulet, J. J./Krauss, E. J./Oelschlägel, D. (1980): Gemeinwesenarbeit als Arbeitsprinzip: eine Grundlegung. Bielefeld: AJZ-Druck und Verl.

Bude, I./Sobczak, O./Jörg, S. (2014): Buy buy St. Pauli – über die kämpfe um die esso-häuser.

Bühl, W. L. (Hrsg.) (1973): *Konflikt und Konfliktstrategie: Ansätze zu einer soziologischen Konflikttheorie*. 2. Auflage. München: Nymphenburger Verl.-Handl. (= Nymphenburger Texte zur Wissenschaft: Modelluniversität).

Füllner, J. (2014): *Neubau der Esso-Häuser: „Riesenchance für St. Pauli“*. In: Hinz&Kunzt.

Galtung, J. (2007): *Frieden mit friedlichen Mitteln: Friede und Konflikt, Entwicklung und Kultur*. 2. Auflage. Münster: Agenda-Verl.

Gassdorf, U. (2015): *Einigung über Neubau der Esso-Häuser ist überraschend*. In: Hamburger Abendblatt.

Glasl, F. (2013): *Konfliktmanagement: ein Handbuch für Führungskräfte, Beraterinnen und Berater*. 11., aktualisierte Auflage. Bern: Haupt Verlag.

Herrmann, F. (2013): *Konfliktkompetenz in der Sozialen Arbeit: neun Bausteine für die Profis in der Jugendhilfe ; mit 13 Tabellen*. München [u.a.]: Reinhardt.

Hinte, W. (2001): *Stadtteilbezogene Soziale Arbeit und soziale Dienste - Lebensweltbezug statt Pädagogisierung*. In: *Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit: ein Reader für Studium, Lehre und Praxis*. Münster: Votum.

Kaiser, L. (2014): *Bezirks-Chef Grote über die Esso-Häuser: „Eine gewisse Blockade“*. In: Die Tageszeitung: taz.

Lüttringhaus, M. (2000): *Stadtentwicklung und Partizipation : Fallstudien aus Essen Katernberg und der Dresdner Äußeren Neustadt*. Bonn: Stiftung Mitarb.

Müller, C./Richers, H./Sippel, H.-J. (Hrsg.) (2015): *Handbuch Community Organizing : Theorie und Praxis in Deutschland*. 2. Auflage. Bonn: Stiftung Mitarbeit.

Oelschlägel, D. (2001): *Strategiediskussion und das Arbeitsprinzip GWA*. In: *Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit: ein Reader für Studium, Lehre und Praxis*. Münster: Votum.

Piegsa, V. O. (2014): *Esso-Häuser: Sozialkitsch, aber real*. In: ZEIT ONLINE.

Prein, H. (1982): *Conflichantering door een derde partij*. Lisse.

Ross, M. G./Lappin, B. W. (1971): *Gemeinwesenarbeit: Theorie, Prinzipien, Praxis*. 2. Auflage. Freiburg im Breisgau: Lambertus-Verl.

Rüttinger, B. (1980): *Konflikt und Konfliktlösen*. Goch: Bratt-Institut für Neues Lernen. (= Neues-Lernen-Studienbücher / Psychologie im Betrieb 5).

Schulz, O. (2008): *Ein klärender Spaziergang im Land der Begriffe zwischen Gemeinwesen-, Stadtteil- und Nachbarschaftsmediation*. In: Schäfer, C. D. (Hrsg.): *Mediation im Gemeinwesen: Nachbarschaftsmediation - Stadtteilmediation - Gemeinwesenmediation*. Baltmannsweiler: Schneider Hohengehren, S. 84–106, (= Schriften zur Theorie und Praxis der Mediation. - Baltmannsweiler : Schneider-Verl. Hohengehren, 2007- 2).

Schulz, O. (2004): *Gemeinwesenmediation als Methode partizipativer Gemeinwesenarbeit*. Potsdam: Fachhochschule Potsdam.

Specht, H. (1973): *Disruptive Taktiken in der Gemeinwesenarbeit*. In: Nimmermann, P./Müller, C. W. (Hrsg.): *Stadtplanung und Gemeinwesenarbeit: Texte und Dokumente*. 2. Auflage. München: Juventa-Verl., (= Juventa-Paperback).

Stock, L. (2015): *Gemeinwesenarbeit als institutionalisierter Konflikt (in) der Sozialen Arbeit?* In: Stövesand, S./Röh, D. (Hrsg.): *Konflikte - theoretische und praktische Herausforderungen für die soziale Arbeit*. Opladen [u.a.]: Budrich, S. 69–78, (= Buchreihe Theorie, Forschung und Praxis der sozialen Arbeit. 10).

Stövesand, S./Röh, D. (Hrsg.) (2015): *Konflikte - theoretische und praktische Herausforderungen für die soziale Arbeit*. Opladen [u.a.]: Budrich. (= Buchreihe Theorie, Forschung und Praxis der sozialen Arbeit. 10).

Straßburger, J. N./Hansen, L./Does, M./Bude, I./Jörg, S./Sobczak, O. (2014): *buy buy st. pauli – über die kämpfe um die esso-häuser eine chronologie*.

Thomas, K. W. (1976): *Conflict and conflictmanagement*. In: Dunnette, M. D. (Hrsg.): *Handbook of industrial and organizational psychology*. Chicago: Rand McNally.

Walz, S./Kast, A./Schulze, G./Born, L./Krüger, K./Niggemeier, K. (2011): *Handbuch zur Partizipation*. Berlin: Kulturbuch.

WELT (2018): *Esso-Häuser: So geht es im Paloma-Viertel auf dem Kiez weiter*. In: DIE WELT.

Wickrath, S. (1992): *Bürgerbeteiligung im Recht der Raumordnung und Landesplanung*. Münster: Inst. für Siedlungs- u. Wohnungswesen. (= Beiträge zum Siedlungs- und Wohnungswesen und zur Raumplanung : Zentralinstitut für Raumplanung an der Universität Münster. - Münster : Inst. für Siedlungs- und Wohnungswesen, 1972 141).

Internetquellenverzeichnis

Baumgardt, J. (2014): *esso häuser requiem - megafonchor 2014*. Hamburg. <https://www.youtube.com/watch?v=oLbqhnb0FgE> (Abruf 28.8.2018).

Bayerische Hausbau GmbH (2013): *Die Vorwürfe der Initiative Esso-Häuser sind haltlos*. Hamburg. http://www.wohnen-am-spielbudenplatz.de/detail.html?&tx_ttnews%5Btt_news%5D=18&cHash=4a65215eaf5bbc38e9987dfb445d086f (Abruf 19.9.2018).

Bayerische Hausbau GmbH (2018): *Paloma-Viertel: breite Akzeptanz für ein besonderes Stück neuer Urbanität für Hamburg*. Hamburg. <https://www.hausbau.de/presse/paloma-viertel-breite-akzeptanz-fuer-ein-besonderes-stueck-neuer-urbanitaet-fuer-hamburg.html> (Abruf 19.9.2018).

Bundesregierung (1970): *Städtebaubericht 1970 der Bundesregierung*. Bonner Universitäts-Buchdruckerei. <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/06/014/0601497.pdf>.

Egel, F. (2013): The Good, The Bad And The Ugly - Echohäuser. Hamburg.
<https://www.youtube.com/watch?v=ZHsuJK7bR8c> (Abruf 28.9.2018).

GWA St.Pauli e.V.: Stadtteilarbeit. In: GWA St. Pauli. <http://www.gwa-stpauli.de/stadtteilarbeit.html> (Abruf 22.8.2018).

Holubec, B. (2005): Gemeinwesenarbeit als Arbeitsprinzip. In: [stadtteilarbeit.de](http://www.stadtteilarbeit.de).
<http://www.stadtteilarbeit.de/themen/theorie-stadtteilarbeit/lp-stadtteilarbeit.html?id=84-gwa-arbeitsprinzip-lp> (Abruf 22.8.2018).

Initiative Esso-Häuser (2013a): Kaputtbesitzen darf sich nicht lohnen! Hamburg.
http://www.initiative-esso-haeuser.de/archive/pm_18_12_13.html (Abruf 21.9.2018).

Initiative Esso-Häuser (2010): Worum geht es hier genau? In: [initiative-esso-haeuser.de](http://www.initiative-esso-haeuser.de).
<http://www.initiative-esso-haeuser.de/ueberuns.html> (Abruf 18.9.2018).

Initiative Esso-Häuser (2011): Abriss der ESSO Häuser weder notwendig, noch entschieden!
Initiative ESSO-Häuser fordert Runden Tisch noch vor der Sommerpause! Hamburg.
http://www.initiative-esso-haeuser.de/pdf/PM_Runder_Tisch_22062011.pdf (Abruf 21.9.2018).

Initiative Esso-Häuser (2013b): Stellungnahme der Initiative ESSO Häuser zur Demonstration Rote Flora verteidigen - Esso-Häuser durchsetzen! Gegen rassistische Zustände – Bleiberecht für alle! Hamburg. http://www.initiative-esso-haeuser.de/archive/pm_23_12_13.htm (Abruf 28.9.2018).

Initiative Esso-Häuser (2014a): Echte Beteiligung statt Beteiligungsshow – wir sind gespannt!
http://www.initiative-esso-haeuser.de/archive/pm_14_07_22_beteiligung_planbude.htm (Abruf 29.9.2018).

Initiative Esso-Häuser (2014b): Gestaltungsmacht wahrnehmen! Erklärung der Initiative ESSO-Häuser zur PlanBuden-Eröffnung. Hamburg. http://www.initiative-esso-haeuser.de/archive/pm_14_10_26_gestaltungsmacht_wahrnehmen.htm (Abruf 1.10.2018).

Initiative Esso-Häuser (2015): Gekämpft - Gefordert - Geplant und - viel – Gewonnen!
Erklärung der Initiative Esso-Häuser zu den Ergebnisse des Planungsprozesses für das Esso-Häuser-Gelände. Hamburg. http://www.initiative-esso-haeuser.de/archive/pm_15_05_18_gekaempft_gefordert_geplant.htm (Abruf 1.10.2018).

Jörg, S./Röthig, C. (2014): Beteiligung, Auseinandersetzung, Gentrifizierung – und die Rolle der GWA in der Praxis? In: stadtteilarbeit.de. http://stadtteilarbeit.de/theorie-gwa-146/grundlagen-gwa/399-rolle_gwa.html (Abruf 18.9.2018).

Lamprecht, S. (2018): Baubeginn in Sicht: Paloma Viertel: Das neue Herz von St. Pauli. In: MOPO.de.

Lutz Schrader (2012): Was ist ein Konflikt? In: Bundeszentrale für politische Bildung. <http://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/54499/konfliktdefinition> (Abruf 3.4.2018).

Mischnick, R. (2007): Gewaltfreie Konflikttransformation Trainingsmanual für einen Training-of-Trainers-Kurs. <https://www.ziviler-friedensdienst.org/sites/ziviler-friedensdienst.org/files/anhang/publikation/zfd-gewaltfreie-konflikttransformation-54567.pdf>.

Piegsa, V. O. (2014): Esso-Häuser: Sozialkitsch, aber real. In: ZEIT ONLINE.

PlanBude (2014a): Neuplanung ESSO Häuser: PlanBude macht den Beteiligungsprozess. Hamburg. <http://planbude.de/presserklaerung/> (Abruf 20.9.2018).

PlanBude (2014b): Wir nennen es PlanBude – Konzept. <http://planbude.de/planbude-konzept/> (Abruf 20.9.2018).

PlanBude (2015): PlanBude – Intro – D. In: planbude.de. <http://planbude.de/planbude-intro/> (Abruf 24.9.2018).

PlanBude (2018): Paket – Verhandlung Essohäuser / Paloma-Viertel – 8. Mai 2018 – Baudezernent Bodo Hafke zur Verhandlung zwischen Bayerischer Hausbau, Bezirk Hamburg Mitte und PlanBude. Hamburg. <http://planbude.de/paket-verhandlung-essohaesuser-paloma-viertel-8-mai-2018-baudezernent-bodo-hafke-zur-verhandlung-zwischen-bayerischer-hausbau-bezirk-hamburg-mitte-und-planbude/> (Abruf 3.10.2018).

S.O.S. St. Pauli (2014): Ballsaal-Resolution. http://www.st-pauli-selber-machen.de/?page_id=434 (Abruf 18.9.2018).

St. Pauli selber machen: Wir über uns. http://www.st-pauli-selber-machen.de/?page_id=520 (Abruf 18.9.2018).

St. Pauli selber machen/Initiative Esso Häuser/SOS St. Pauli (2014): Wir nennen es PlanBude. Hamburg. http://www.initiative-essohaesuser.de/pdf/2014_04_24_Wir_nennen_es_PlanBude_PM.pdf (Abruf 20.9.2018).

Stoik, C. (2009): Aktivierende Befragung / Aktivierendes Gespräch. In: sozialraum.de. <https://www.sozialraum.de/aktivierende-befragung-aktivierendes-gespraech.php> (Abruf 23.9.2018).

Weretka, J. (2018): Kommentar: Kiez-Kommerz als Kulturerbe? In: NDR. Hamburg. [/nachrichten/hamburg/Kommentar-Kiez-Kommerz-als-Kulturerbe,hamburgkommentar258.html](http://nachrichten.hamburg/Kommentar-Kiez-Kommerz-als-Kulturerbe,hamburgkommentar258.html) (Abruf 6.10.2018).

Schriftliche Erklärung

Ich versichere, dass ich die vorliegende Arbeit ohne fremde Hilfe selbstständig verfasst und nur die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt habe. Wörtlich oder dem Sinn nach aus anderen Werken entnommene Stellen sind in allen Fällen unter Angabe der Quelle kenntlich gemacht.

Ort, Datum

Unterschrift

Hamburg, 08.10.2018